

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Post-Nr.: 3470.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Nüsse, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeitspaltel oder deren Raum 40 $\frac{1}{2}$
Begrüßungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$
Berichtungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, freilich wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Schwöln i. S.-M. (Telegramm.) Wegen Lohnreduzierung Zuzug von Drechslern nach hier fern zu halten.

- Zuzug ist fern zu halten von:
- Tischlern nach Berlin, Grabow b. Stettin (Schulz vorm. Aug), Gaarden (Gallinat und Ostermeyer), Brauns-lage (Carl Winkel), Bremerhaven (Seebeck's Werk), Freiburg in Schlesien (Regulatorgehäuse-Fabrik A. Seibel), Schweiz, Wilkau (Krebs);
- Tischlern, Drechslern u. Holzbearbeitungsmaschinen nach München, Wetschau (Alt- u. Gef. A. Schütz), Tübingen (Möbelfabrik G. Schmid), Gussum (Röhn & Co.), Schweitzerhain (Pfeil & Walter);
- Tischlern, Drechslern und Kfz. hancern nach Uracl i. M.;
- Tischlern und Maschinenarbeitern nach Wanne (Wicherloh & Co.);
- Drechslern nach Hamburg, Trimmitschau (Mohlend & Mohland), Hilar (Fise & Co.), Verriers (Pagnouille);
- Posen (Wendig & Schöne);
- Parfumbodenlegern nach Hamburg (Gebr. Merz, Grimm 32);
- Stellmachern nach Jauer (Wagenfabrik Lange);
- Schiffbauern nach Magdeburg (Koch Nachf., Nagel), Heibelberg (Gallus Mahler);
- Pianosortistenschlern nach Zeig (Morena);
- Korbmachern nach Wiberach (Firma Wisbad & Handtmann), Erdpelingen (Wegener).

Das Kontrollbuch der Zwangsinnung und der Holzindustriellen in Berlin.

In voriger Nummer theilten wir kurz mit, daß die Aussperrungen einzelner Gesellen wegen Nichtanerkennung des von den Unternehmern am 1. Januar eingeführten Kontrollbuches begonnen haben. Nach den Berichten des „Vorwärts“ ist bis zur Stunde auch heute noch nicht abzusehen, welchen Verlauf die Dinge in Berlin nehmen werden. Daß unsere Berliner Kollegen sich strikte an die Vereinbarungen, welche am 20. März des vorigen Jahres mit den vereinigten Unternehmern und den in Frage kommenden Arbeiterorganisationen in Berlin getroffen wurden, halten, ist selbstverständlich.

In dieser Vereinbarung ist zwar nicht präzise ausgedrückt, daß die damals eingesezte Achtzehnerkommission (9 Arbeitgeber und 9 Arbeitnehmer) alle die das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffenden Streitfragen begutachten und darüber Entscheidung treffen soll, aber jeder Einzelne hat die Achtzehnerkommission als eine Institution begrüßt, die gerade in dieser Richtung thätig sein sollte. Das geht auch aus einem Artikel in der Nr. 14 der „Holzarbeiter-Zeitung“ hervor, der von einem hervorragend an den Verhandlungen beteiligt gewesenem Berliner Kollegen geschrieben wurde.

Auch der „Deutsche Tischlermeister“ vertritt in Nr. 14 des vorigen Jahres gleichfalls die Anschauung, daß die Achtzehnerkommission fortan darüber entscheiden solle, was bei Lohnstreitigkeiten Recht sei. Er versteht unter dem „fortan“ nicht nur die allernächste Zeit, sondern betont, daß obligatorische Einigungsämter eine Nothwendigkeit sind. „Wenn diese Erkenntnis“, sagt er, „die Folge des Streiks (in Berlin) wäre, so wäre das ein großer Segen...“ Der „Deutsche Tischlermeister“ hat die Aufgaben der Achtzehnerkommission gleichfalls in dem Sinne aufgefaßt, daß sie „fortan“ in allen Fragen, die das Arbeits- und Lohnverhältnis betreffen, zusammenzutreten zu vermitteln und zu entscheiden hat, um Streiks zu verhüten.

Nach den Verhandlungen, die am 8. Januar auf Antrag der Arbeitnehmer die Achtzehnerkommission unter

dem Vorsitze des Herrn Gewerberichters Dr. Gerth führte, zu urtheilen, bestreiten die Arbeitgeber die Kompetenz dieser Kommission, da es sich angeblich um eine interne Angelegenheit der Arbeitgeber, nicht aber um Lohnverhältnisse der Arbeiter handele. Wenn es sich auch nicht um Lohnforderungen der Gesellen handelt, so aber um Lohnverschlechterungen, die von den Arbeitgebern durch Einführung des Kontrollbuches geplant sind. Ausdrücklich ist im Abs. 2 gesagt, daß nicht mehr Wochen-, sondern Stundenlohn gezahlt wird, um die seit dem 1. Januar mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft getretenen Vergünstigungen für die Arbeiter illusorisch zu machen; und zum Anderen heißt es im Abs. 4, daß „der Betrag für verdorbene Arbeit vom Lohn abgezogen werden kann“. Ganz abgesehen davon, daß zunächst festgestellt werden muß, durch wessen Schuld eine etwaige Arbeit verdorben wurde, ist ein Lohnabzug nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches unzulässig und daher ungesetzlich. Es heißt dort:

„Soweit eine Forderung der Pfändung nicht unterworfen ist, findet die Aufrechnung gegen die Forderung nicht statt.“

Das heißt mit anderen Worten: „Soweit der Lohn nicht wegen Steuern, Alimente u. pfändbar ist, darf er nicht gekürzt werden.“ Also ein Abzug für etwaige verdorbene Arbeit darf nicht stattfinden. In solchem Falle kann der geschädigte Arbeitgeber auf Schadenersatz vor Gericht klagen. Herr Dr. Gerth erklärte diesbezüglich auf einen Einwand des Holzhändlers Bry: „daß das Gewerbegericht auf dem Standpunkt stehe, daß seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches die Aufrechnung für verdorbene Arbeit auf den Lohn nicht zulässig sei.“

Das hindert die neun Vertreter der Unternehmer aber nicht, zu erklären, daß sie vorläufig diese Bestimmung aus dem Kontrollbuch nicht zurück nehmen, dies vielmehr erst dann thun würden, wenn auf dem Klagewege seitens der Gesellen die höchste Instanz zu Ungunsten der Unternehmer entscheide.

Als eine Maßnahme, die das Lohnverhältnis einer ganzen Anzahl in der Organisation thätiger Gesellen berührt, sind die Fragebogen des Innungsvorstandes, die jedes Innungsmitglied auszufüllen hat. Es ist mit diesen Fragebogen und den ihnen beigefügten Postkarten nichts Anderes bezweckt, als einen Spießdienst zu organisiren und alle Die, welche im Vordertreffen der Organisation stehen oder sonst die Interessen ihrer Mitarbeiter vertreten, brotlos zu machen, wenn Herr Bry auch erklärt, daß Derartiges garnicht beabsichtigt sei, sondern nur Die getroffen werden sollen, welche „von Werkstatt zu Werkstatt laufen und die Meister schädigen“. Nach den Erfahrungen, welche die Gesellen mit ähnlichen Einrichtungen anderen Orts mit ähnlichen Bethuerungen schon gemacht haben, glaubt Niemand mehr an die Harmlosigkeit der Urabsätze und schwarzen Listen.

Vor Allem lag es uns bei Erörterung dieses Punktes daran, nachzuweisen, daß die Einführung vorstehender Maßnahmen einen recht großen Einfluß auf die Lohnverhältnisse eines sehr großen Theiles der Berliner Gesellen ausübt und deshalb die Kompetenz der Achtzehnerkommission nicht bestritten werden kann.

Aber noch Eines kommt in Betracht. Steht es für uns fest, daß es sich bei Einführung der Kontrollbücher um eine Aenderung der Lohnverhältnisse der Gesellen handelt, so konstatiren wir weiter, daß nach den vorjährigen Vereinbarungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts die Arbeitgeber kein Recht hatten, einseitig das Arbeits- resp. das Lohnverhältnis zu ändern. Dies ist aber geschehen, und damit haben sich die Unternehmer eines Vertragsbruches schuldig gemacht. Deshalb suchen sie jetzt nach einem Ausweg,

um die Nichtkompetenz der Achtzehnerkommission zu beweisen, und glauben denselben gefunden zu haben, indem sie erklären, das Kontrollbuch sei eine interne Angelegenheit der Innung, nur bestimmt, um Ordnung zu schaffen.

Die Achtzehnerkommission hat nun trotzdem getagt, ist aber zu einem definitiven Beschluß nicht gekommen. Es bleibt nun noch der nach Abs. 7 der vorjährigen Vereinbarung vorgeschriebene Weg, innerhalb dreier Tage das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Dies soll, wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, bereits am Montag, den 14. Januar, zusammen treten.

Das Resultat können wir uns denken, nachdem der genialste aller Obermeister, Nahardt, erklärte: „Die Innung würde sich nie einem Spruch des Einigungsamtes fügen, weil sie einer anderen Instanz unterstehe.“

Instanz hin, Instanz her; hier handelt es sich um das Einigungsamt, nachdem die Achtzehnerkommission, in der auch die Innung durch ihren Obermeister vertreten war, zu keinem Entschlusse gelangte. Auch der am 20. März vorigen Jahres abgeschlossenen Vergleich hat die Innung für sich akzeptirt, indem sie aus der Achtzehnerkommission eine Subkommission wählte und an keiner Stelle Opposition machte. Was damals für sie Recht war, wird wohl heute nicht Unrecht sein. Aber wie es scheint, will der mit M. 2800 angestellte Obermeister den Gesellen einmal zeigen, was jetzt zur Winterszeit in Berlin die Glocke geschlagen hat. Er mag sich vorsehen, daß er nicht fällt, wenn auch neue Besen anfangs gut kehren, aber auf die Dauer ist es damit nichts. Vor allen Dingen gilt es, vor dem Einigungsamt festzustellen, auch gegen den Willen Nahardt's, daß die im vorigen Jahre getroffenen Vereinbarungen auch noch heute gelten, und zwar nicht nur für die Holzindustriellen und für die Reform-Tischlermeister, sondern auch für die Mitglieder der Zwangsinnung. Die Ausrede, daß das Einigungsamt nur für die außerhalb der Innung Stehenden maßgebend sein könne, ist hinfällig. Es handelt sich unter den Gesellen in Berlin auch nicht um Solche, die bei den Innungsmeistern arbeiten, sondern um alle Gesellen, ganz gleich, wo sie thätig sind. So wie diese allesamt die Vereinbarungen für sich anerkennen, haben dies in ihrer Gesamtheit auch die Arbeitgeber zu thun. Die Bry, Direktor Lorenz und Andere gehören unseres Wissens nicht der Innung an, erklären sich aber mit deren Maßnahmen bezüglich Einführung von Kontrollbüchern einverstanden. Also gleiche Brüder, gleiche Kappen, und mitgegangen, mitgehangen. Führen Alle die Kontrollbücher ein, brechen auch Alle den Vertrag und haben daher auch Alle sich dem Spruche des Einigungsamtes zu fügen. Der Schiedsspruch wird, wie uns am Schluß der Redaktion telegraphisch mitgetheilt wird, am Mittwoch, den 16. Januar, verkündet.

Der Protest der Leipziger Holzarbeiter gegen die Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung“, betreffend den Konflikt in der „Leipziger Volkszeitung“.

Eine gut besuchte Holzarbeiterversammlung hörte zunächst einen Vortrag der Frau Dunter-Döll über: „Soziale Aufgaben der Erziehung“ an, um sodann Stellung zu den Artikeln in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu nehmen.

Kollege Meusch führt hierzu zunächst etwa Folgendes aus: Die Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung“ sind derart beleidigend für die organisirten Holzarbeiter Leipzigs, daß die Lokalverwaltung es für ihre Pflicht hielt, hierzu in einer Versammlung Stellung nehmen zu lassen.

Zur Sache selbst vermute ich Medner, daß der Schreiber des ersten Artikels kein anderer ist, als Kollege Umbreit, der

Redaktion des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission. Umbreit habe von jeher als ehemaliger Leipziger Kartelldelegierter eine besondere Stellung bezüglich der Buchdruckerfrage eingenommen, die sich stets im Gegensatz zu derjenigen der übrigen Delegierten, sowie einer großen Mehrheit der Holzarbeiter Leipzigs befunden hat. In gleicher Weise habe die Redaktion der „Holzarb.-Ztg.“ den Konflikt in der „Volks-Ztg.“ beurteilt, und sich bezüglich der Artikel einer Schreibweise bedient, die dazu angethan ist, einen Zwiebsalt unter den organisierten Holzarbeitern Leipzigs hervorzuheben. Von welcher Einseitigkeit das Urtheil der Redaktion der „Holzarb.-Ztg.“ ist, beweise u. A. folgender Fall: Ein hiesiger Kollege sandte eine Erwiderung ohne Wissen der Lokalverwaltung auf den Artikel in Nr. 52 der „Holzarb.-Ztg.“ ein, anstatt dieselbe aber abdrucken oder dem Einsender eine diesbezügliche Mitteilung zu machen, kündigt die Redaktion einen zweiten Artikel, der das Eingekandte in ganz ungehöriger Weise glossirt, namentlich der letzte Satz des betreffenden Artikels sei gerabzu empfindend für die gesammten organisierten Arbeiter Leipzigs. Die Redaktion der „Holz.-Ztg.“ findet es für die höchste Zeit, daß die Gewerkschaften ihre Delegierten vom Kartell zurückziehen, da angeblich das Leipziger Gewerkschaftskartell die Interessen der gesammten Arbeitererschaft mit Füßen tritt. Aber da weiß, wodurch der Streit der Verbandsbuchdrucker mit der Leipziger Arbeiterschaft entstanden ist, kann die Haltung der Gewerkschaften nur als eine durchaus korrekte bezeichnen. Was z. B. würde unser Zentralvorstand dazu sagen, wenn wir bei Entlassungen von Kollegen, bei welchen nicht nach der sogenannten Anciennetät verfahren worden ist, sämmtliche Kollegen der fraglichen Werkstätte in den Ausstand treten ließen? Jedenfalls würde er eine derartige Maßnahme überaus schärf verurtheilen und jedwede Unterstützung verweigern. Billigt der Zentralvorstand die Ansicht der Redaktion, so dürfte er sich nicht wundern, wenn bei der Probe auf's Geringste jede Woche mehrere Streiks in Leipzig zu unternehmen seien. (Bravo!) Redner empfiehlt sodann folgende Resolution zur Annahme:

Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 52 der „Holzarbeiter-Zeitung“, betr. den Konflikt in der „Leipziger Volkszeitung“, beschließt die heutige, am 19. Januar 1901, tagende Holzarbeiter-Versammlung: In Erwägung, daß keine Gewerkschaft die Forderung aufstellen resp. durchführen kann, daß bei Arbeiterentlassungen nach der Anciennetät verfahren werde (d. h. daß die im Betriebe jeweils die kürzeste Zeit beschäftigten Arbeiter am ersten entlassen würden), sind die durch Aufstellung dieser Forderung entstandenen Differenzen der Verbandsbuchdrucker in der „Leipziger Volkszeitung“ nicht als Streit anzuerkennen, zumal die Buchdrucker in keinem anderen Geschäft ihres Berufs in Leipzig eine derartige Forderung gestellt haben resp. dafür eingetreten sind.

Demzufolge können auch die zur Zeit in der „Leipziger Volkszeitung“ beschäftigten Buchdrucker nicht als Streikbrecher betrachtet werden.

Ferner erklären die Holzarbeiter Leipzigs ihr Einverständnis mit den Maßnahmen der Partei und Geschäftsleitung von Leipzig in dieser Sache. Dieselben erwarten ferner, daß die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht Maßnahmen ergreife, die den Beschlüssen der Verbandstage der Holzarbeiter zuwiderlaufen, da ein gleiches Vorgehen der Holzarbeiter jedenfalls die schärfste Mißbilligung seitens des Hauptvorstandes in Stuttgart erfahren würde.

Kollege Gerde ist entgegen der Ansicht Meusch der Meinung, daß nicht Kollege Umbreit, sondern der Kollege Köstke der Verfasser des Artikels sei, mindestens aber die Verantwortung trage. Bestimmend hierzu sei das Verhältnis des Redakteurs als Mitglied der Generalkommission zu dem Leipziger Gewerkschaftskartell. Die dadurch herbeigeführte einseitige Behandlung erzeuge das absperrende Urtheil der außerhalb stehenden Arbeiterschaft. Die Buchdrucker haben die Disziplin verlernt, ihr brüskes Auftreten habe für sie alle Sympathie verzerzt. Die Ausschließung der Tarifgegner mache die Gründung einer neuen Gewerkschaft infolge des Organisationsbedürfnisses der ausgeschlossenen zur Pflicht. Das Leipziger Kartell erkannte beide Organisationen an und sicherte ihnen eine Vertretung im Kartell zu; die Verbandsbuchdrucker lehnten jedoch dies ab. Diese Leute betrachteten das Parteiuuterrnehmen als ein kapitalistisches, trotzdem kein Unternehmertum, jedoch bedeutend bessere Arbeitsbedingungen, vorhanden sind. Ihr vorjüngliches Handeln bei der Arbeitsüberlegung beweist planvolles Vorgehen gegen die „Volkszeitung“ und die Reden ihrer Leiter zeigen, daß man von vornherein geschickt auszuweichen versuchte. Die Holzarbeiter sind bei Eintritt in eine Lohnbewegung nie so zurückhaltend, wie die Buchdrucker; in einem ähnlichen Falle werden wir jedoch nicht zum Streit gezwungen haben. Die Schreibweise ihres Organs beweist, daß man der Leipziger Arbeiterbewegung einen national-sozialen Charakter, wie er im Buchdrucker-Verband vorhanden ist, ausdrücken will; ihre Haltung in Sachen des von nationalliberaler Seite gegründeten und geleiteten, partitischen Arbeitsnachweises bezeugt dies. Eine weitere Bestätigung sei die rührige Agitation, der „Volkszeitung“ die Abonnenten zu entziehen. Von solchen Leuten habe man nichts zu erwarten. (Bravo.)

Kollege Börner ist der Ansicht, die gesammten Holzarbeiter Deutschlands über die wahren Gründe, betr. den Streit der Verbandsbuchdrucker mit der Leipziger Arbeiterschaft, durch ein Flugblatt aufzuklären. Zu bedauern sei aber das Verhalten des Zentralvorstandes, der es nicht für notwendig befunden habe, zu der empörenden Schreibweise der Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ Stellung zu nehmen; es sei daher möglich, denselben zu interpellieren, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke.

Kollege Gerstke bringt den Verbandsbuchdruckern keinerlei Sympathie entgegen, doch müsse man bei der fast einstimmigen Sachverhaltung unserer Stellungnahme durch die Gewerkschaften nach ihrer Ursache forschen. Redner findet den Grund im diplomatischen Verfahren der Geschäftsleitung der „H.-Z.“ resp. der Parteigenossen; es handle sich weniger um eine Entlassung wegen ungenügender Parteilichkeit, sondern wegen der offen ausgesprochenen Absicht, das Unternehmen der „Volks-Zeitung“ geschäftlich zu jähigen. Jeder Zentralvorstand würde niemals eine Entlassung als Maßregelung betrachten, wo die Entlassenen durch Gewährung an das künftige Publikum ihre Arbeitsverhältnisse zu jähigen müßen. Die Forderung der Entlassung nach u. A. Anciennetät ist bei großen Unternehmen unbrauchbar. Auch die Frage, ob Parteiuuterrnehmen und Privatbetriebe gleich zu behandeln sind, ist vom prinzipiellen Standpunkte noch unentschieden. Eine Entlassung letzterer wäre auf dem höchsten

Parteilage erwünscht. Redner wendet sich nunmehr gegen die Schreibweise in Nr. 2 der „Holzarbeiter-Zeitung“, worin der Redakteur den Leipziger Arbeitern eine Revision ihrer Begriffe empfiehlt. Diese einseitige, herausfordernde Schreibweise ist für die Leipziger Holzarbeiter beleidigend; da aber Köstke selbst Mitglied der Generalkommission ist, so könne nur Parteilichkeit diese Schreibweise erklären.

Kollege Hilbert nimmt in seinen Ausführungen Bezug auf den Artikel im „Correspondenzblatt für Buchdrucker“: Buchdrucker-Verband und Sozialdemokratie. Darin werde erklärt, die Gründer des Buchdruckerverbandes seien glücklicherweise keine Sozialdemokraten und diese Partei sei für die Gewerkschaften nicht förderlich, auch müsse das Prinzip aufrecht erhalten bleiben, in der Leitung keine Sozialdemokraten zu haben.

Kollege Weisenborn bedauert den Nichtabdruck seines Eingekandten, welches er verliest, und findet es sonderbar, daß Köstke dasselbe spaltenlang glossirt, ohne es selbst abdrucken zu lassen.

Kollege Wolf führt aus, daß die Buchdrucker von jeher die sieben Kinder der Regierung waren; so war ihre Organisation die einzige, die zur Zeit des Sozialistengehezes nicht der Auflösung verfiel.

Kollege Meusch hält es für richtig, sich mehr mit den Artikeln in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu beschäftigen, als mit der Buchdruckerfrage selbst. Es sei noch nicht abzusehen, welchen Schaden dieselben für die Organisation der Holzarbeiter anrichten. Die richtigste Antwort, welche die Holzarbeiter geben können, sei, unablässige Agitation für den Verband und die „Leipziger Volkszeitung“.

Kollege Wilsdorf befürchtet, daß die Resolution in den Papierkorb der Redaktion wandern könne; ungehöriger Handglossen seitens Köstke's in der „Holzarb.-Ztg.“ seien hinlänglich bekannt. Unbegreiflich erscheine auch die Haltung der Generalkommission, obwohl Genosse Legien aus festlichen Anlässen in Leipzig war, hat er es nicht für nötig befunden, genauere Erkundigung über die Buchdruckerangelegenheit am Orte einzuziehen. Vom grünen Tisch aus ließe sich viel diskutieren, da wird nicht gefragt, ob 24 000 organisierte Leipziger Arbeiter sich mit den Maßnahmen der Generalkommission einverstanden erklären können. Der bei dem demnächst stattfindenden Gaulage anwesende Vertreter des Zentralvorstandes, Kollege Schwegel, wird sich darüber zu erklären haben, ob die Schreibweise der Redaktion der „Holzarb.-Ztg.“ zu einer erfolgreichen Agitation beiträgt und im Sinne des Hauptvorstandes gehalten ist.

Kollege Ehrlich führt ergänzend aus, daß Köstke die Leipziger Verhältnisse nicht kennt, die von ihm angeregte Zurückziehung der Kartelldelegierten sei doch wohl Sache der am Ort befindlichen Mitglieder, und können die Ansichten der Redaktion als Fernstehende für die Leipziger Mitglieder nicht maßgebend sein.

Ein im Sinne der Ausführungen Wilsdorf's gehaltener Antrag Börner's findet ebenso wie die Resolution einstimmige Annahme.

Kollege Meusch erklärt es für Sache der am 22. Januar stattfindenden Generalversammlung, event. weitere Maßnahmen zu dieser Frage zu treffen.

Paul Krüzing, Otto Gerlitze, Schriftführer.

Anmerkung der Redaktion. Nach unserem Dafürhalten haben sich die Leipziger Kollegen sehr unnötig aufgeregt und sich eben so unnötig den Kopf darüber zerbrochen, wer wohl der Sünder sein könne, der die „empörenden“ Artikel geschrieben hat. Zu ihrer Beruhigung sei gesagt, daß Kollege Umbreit, seit er aus der Mitte der Leipziger Kollegen geschieden ist, für die „Holzarb.-Ztg.“ keine einzige Zeile mehr geschrieben hat. Im Uebrigen ist doch am Kopfe der Zeitung ersichtlich, wer die Verantwortung für den Inhalt derselben trägt; schreibt der Verantwortliche auch nicht jede Zeile selbst, ist ihm der Inhalt jeder einzigen Zeile doch bekannt. Dies nur nebenbei. Die Leipziger Kollegen wissen jetzt also, gegen wen sich ihre noch später „zu treffenden Maßnahmen“ und die Intervention beim Vorstande und unjeretwegen auch bei der Preßkommission zu richten haben.

Zu dem Protest uns ausdrücklich zu äußern, fehlt uns eines Theils der Raum, zum Anderen auch die Lust. Wir sehen wirklich nicht ein, wozu dies auch nötig wäre, da wir von dem in beiden Notizen Gesagten nicht eine Zeile zurücknehmen können, selbst auf die Gefahr hin, daß für künftig an unsere Stelle sich ein Leipziger Kollege setze. So oft kehrt in dem Eingekandten die vertretene Ansicht wieder, daß, weil Köstke Mitglied der Generalkommission ist, er auch als Redakteur nur die Meinung derselben vertritt, sich von deren Anschauungen beeinflussen lasse und daher seine unsympathische Haltung gegen die Buchdrucker-Gewerkschaft verständlich sei. Das ist Geschwätz. Auch wenn Köstke nicht Mitglied der Generalkommission wäre, würde er dagegen protestieren, daß die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses — der legitimen Vertretung der Zentralverbände — von einem Gewerkschaftskartell nach Belieben revidirt würden, wie das in Leipzig geschehen ist. Ob die Holzarbeiter nun Freunde oder Gegner der betreffenden Organisation sind, die von einer solchen Beschlüßrevidirung betroffen werden, ist ihm vollständig gleichgültig. Kollege Köstke hat bis heute sowohl den Beschlüssen der Holzarbeiter-Verbandsstage als auch denen der Gewerkschaftskongresse Achtung und Anerkennung zu verschaffen gesucht und wird sich durch die empörenden Leipziger Kollegen nicht dazu drängen lassen, anders als bisher zu handeln. Daß der Vorstand aufgefordert wird, zu erklären, ob er sich mit der Haltung der „Holzarb.-Ztg.“ in dieser Angelegenheit identifizirt oder ob er die „empörende“ Schreibweise mißbilligt, kommt uns äußerst lieblich vor.

Wir haben aber selbstverständlich nichts dagegen, daß der Vorstand sich einmal darüber äußert, glauben aber nicht, daß seine Äußerung die Leipziger Kollegen sonderlich befriedigen wird, denn auch für den Vorstand des Holzarbeiterverbandes gelten die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses und wenn er sich vergegenwärtigt, daß wir nichts Anderes thäten, als von diesem Gesichtspunkte aus den Leipziger Buchdruckerkonflikt zu beobachten, dann wird er eine andere prinzipielle Stellung als wir auch nicht dazu einnehmen können.

Der Kollege W i l s d o r f wird sich überzeugen, daß die Leipziger Resolution nicht, wie er glaubte, in den Papierkorb gewandert ist, sondern den späteren Chronisten erhalten bleibt. — Daß wir Handglossen zu irgend einem Eingekandten oder einem Bericht machen, wenn wir es für notwendig halten, ist nicht nur unser gutes Recht, sondern auch unsere Pflicht, und da, lieber Kollege Wilsdorf, möchten wir uns doch nicht gerne Vorwürfen machen lassen darüber, inwiefern wir von diesem Recht oder dieser Pflicht Gebrauch machen dürfen. Ist vielleicht mal nach Ansicht des Kollegen Wilsdorf eine solche Handglosse etwas „ungehörig“ ausgefallen, nun, er und seine Leipziger

Kollegen mögen sich mit uns trösten, wir müssen auch manche Ungehörigkeit hinunterwürgen, und wir stehen nicht an, zu erklären, daß das Verhalten der Leipziger Kollegen uns gegenüber auch gerade nicht sehr nobel ist.

Im Uebrigen stehen wir mit unserem Urtheil über den Buchdruckerkonflikt in der „Leipz. Volksztg.“ nicht allein. Soweit wir beobachteten, ist nicht nur die gesammte Gewerkschafts-Preße, mit Ausnahme der „Buchdruckerwacht“, sondern auch der übergroße Theil der sozialdemokratischen Parteipresse darin Eins, daß der deutsche Buchdrucker-Verband in diesem Falle vollkommen im Rechte ist.

Ein Musterbetrieb.

In Leipzig-Grüchitz befindet sich eine Fabrik für weiße Möbel, welche verdient, in der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Es ist dies die Firma Schubert & Co. Einem Theil der Kollegen Deutschlands wird dieselbe ja noch bekannt sein, und zwar durch einige Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung“ während der Lohnbewegung der Bau- und Möbelfischer 1896 und 1899.

Obiger Betrieb war ein richtiger Streikbrecherhort, es war die einzige Fabrik, wo wir mit derartigen Elementen während unserer Lohnkämpfe zu kämpfen hatten; schließlich ließen wir diese Fabrik vollständig unbeachtet liegen, sorgten aber dafür, daß kein neuer Kollege von auswärts in diesen Musterbetrieb eintrat, denn von den Leipziger Kollegen wußten wir, daß sie keine Sehnsucht empfanden, daselbst zu arbeiten, dazu waren die Arbeits- und Lohnverhältnisse bekannt genug. Wir waren auch seit davon überzeugt, daß selbst den damaligen Streikbrechern dieses „Arbeiterparadies“ zuwider wurde und wenn dann neue Kollegen anfangen, erst einmal mit den Unternehmern Abrechnung gehalten würde. Wir hatten uns nicht getäuscht. Die Streikbrechergarde, welche dort arbeitete, hatte den Geschäftsinhabern (damals waren es die Herren Schüring & Schwarz) derartig auf die Füße geholfen, daß sie der Fabrik und ihrem Gelde Absagten und auf Nimmerwiederkehr die Fabrik verließen.

Herr Schüring fand später noch Rettung durch die Erbschaft einer alten Tante, während Herr Schwarz nebst Sohn in anderen Betrieben als Arbeiter ihr Dasein fristen mußten.

Hierauf ist der Betrieb in den Besitz der Herren Hofmann & Hildner übergegangen. Es wurden Tischler und Maschinenarbeiter durch unseren Arbeitsnachweis gesucht und vermittelt, auch versprochen obige Herren, den im Jahre 1898 für weiße Möbel eingeführten Tarif anzuerkennen; durch Anschaffung neuer Maschinen, Anstellung eines praktischen und loyalen Werkführers wollte man es den Arbeitern so angenehm wie möglich machen. Derartige Versprechungen bewerkstelligen es, daß ein größerer Theil Kollegen, welche längere Jahre auf weiße Möbel gearbeitet hatten, in Arbeit traten. Aber „neue Wesen kehren gut“, konnte man hier sagen. Im Anfang ging Alles ganz gut, es wurden auch Löhne in Accord bis M. 27 und M. 28 pro Woche erzielt, da hatte man seitens der Unternehmer auf einmal herausgefunden, daß man viel billiger produziren müßte, um „der Konkurrenz Stand halten zu können“.

Die alten praktischen Maschinenarbeiter — größtentheils gelernte Tischler — wurden entlassen wegen zu hoher Lohnansprüche, junge und ungelernete Arbeiter an die Maschinen gestellt, da dieselben bedeutend billiger arbeiteten; ferner hatte man eine Zirkelmaschine angeschafft, dafür wurden flugs 30 M pro Schrank abgezogen, trotzdem die Zirkelmaschine unbenutzt in der Ecke stand. Eine neue Leimerei wurde eingerichtet, es war eine solche, die wohl als Kühlraum für einen Fleischhauer, aber nicht zum Verleimen von Holz sich eignete. Die Folge war, daß, wenn ein Tischler beim Abpußen oder Zusammenbauen nicht recht vorsichtig zu Werke ging, er die Schrankseiten in zwei oder drei Theilen vor sich liegen hatte, und für derartige Leimerei-Einrichtungen wurden Abzüge am Tarif vorgenommen.

Wie sich die Kollegen bei derartigen Vorkommnissen helfen mußten, möge untenstehende „Gefällige Beachtung“ zeigen; Nagel und Kitt waren die einzigen Retter, um ein Stück Möbel zusammen zu bringen. Das Schriftstück lautet:

Zur gefälligen Beachtung!

Materialien, welche sich während der Arbeit als unbrauchbar oder zur Anfertigung eines sauberen Stückes als nicht geeignet erweisen, sind zurückzugeben und unzutauschen. Falls sich an den Materialien Fehler oder Unvollkommenheiten, sowohl bezüglich der Maschinenarbeit als auch namentlich in den Nageln finden, selbst wenn es Kleinigkeiten sind, welche dem Tischler unnötige Arbeit verursachen und die bei genauer Bearbeitung durch die Maschinen zu vermeiden sind, so ersuchen wir, darüber schriftlich auf einem Zettel mit Beifügung des Namens und Datums dem Werkführer sofort Anzeige zu machen.

Während der Arbeit springende Fugen, sowie herausfallende Nette, soweit es sich um einzelne Stücke handelt, sind zu leimen resp. auszufüllen, vorausgesetzt, daß das Material alsdann noch brauchbar ist.

Sämmtliche Möbel sind an den sichtbaren Stellen innerlich sauber abzuschießen, namentlich müssen Rückwände und Beistöße auch hinten abgeputzt sein, sowie die Rückseiten und die Schränke gut gleichgehobelt sein.

Unrichtige Stellen und Böcher, sowie Nagelböcher sind gut auszufüllen und bei ausgefüllten Stellen der Kitt abzuschießen. Unrichtige Fugen (außer bei Füllungen) sind auszuspähen, nicht nur zu verkiten.

Hohlstellen und Kehlhöfe sind sehr sauber auszuschießen. Kehlhöfe müssen gut zusammengestoßen sein und die Profile genau zusammen passen.

Beistöße an den Seiten sind mit Zwingen gut anzuleimen und nicht zu nageln.

Türen und Kästen sollen genau passen; Schließer gut eingelassen und schließend sein. Füße sind gut anzuleimen. Bei größeren Sachen, als Schränken und Bettstößen sind das besseren Haltes wegen noch Eckfüßen an die Füße zu leimen. Düssel sollen stramm eingepaßt sein. Aufsätze genau aufpassen.

Bei Thür- und Seiten-, sowie sonstigen Füllungen ist besondere Aufmerksamkeit auf die Festigkeit der Fugen zu verwenden und sind nicht ganz dicht schließende, nicht ganz gute Fugen, soweit es sich um einzelne Stücke handelt, nachzuleimen. Dieselben sind besonders gut abzusputzen. Hohlhöfe dürfen nicht sichtbar sein.

Hinterholzlantien, welche Art werden, sind gut mit Leim zu tränken und sehr sauber abzuschießen, auch sind alle sonst sichtbaren Hintersanten, selbst bei Kleinigkeiten, als z. B. Hintersanten, Knaden, die Facen am Stirn bei den Rückwänden z.

fauber zu hobeln. Grade sollen gut passen und nicht genagelt sein.

Leim ist immer gut heiß zu verwenden. Von Reißlöchern, Mischwänden und Seiten sind immer die besseren Stücke an die rechte Seite zu nehmen.

Obige Arbeitsbestimmungen klingen wie ein Lehrbühllein für Tischler, und ist dies allen Innungsmeistern oder Denjenigen, welche lernen wollen, wie man ein gutes Stück Möbel baut, zu empfehlen. Nachdem nun ständige Abzüge bei schlechtem Material und schlecht gelieferter Maschinenarbeit stattfanden und sich dadurch die Lohnverhältnisse bedeutend verschlechterten, zogen es die eingerichteten älteren Kollegen vor, diesem Musterbetriebe den Rücken zu kehren, und arbeitet nun die Firma seit 3/4 Jahren mit jungen ausgerechneten Arbeitern, welche gewillt sind, sich in der Großstadt Leipzig in diesem Musterbetriebe „auszubilden“.

Da werden nun auch fürstliche Löhne gezahlt M. 8, 9 und 10 pro Woche ist so die Regel; daß sich auch selbst junge zugereifte Kollegen, welche mit den Verhältnissen in Leipzig noch nicht vertraut sind, in einem solchen Betriebe für die Dauer nicht wohl fühlen, ist leicht begreiflich und kann der Unternehmer das schöne Lied singen:

Mein Betrieb das ist ein Bienenhaus,
Die Tischler sind darin die Bienen;
Sie fliegen täglich ein und aus,
Grad' wie in einem Bienenhaus!

Auch an einem „schneidigen“ Werkführer fehlt es nicht, er ist ehemaliger Unteroffizier und wähnt, daß er noch Rekruten auf dem Kaiserhofe drückt, denn wie mit diesen, so springt er auch mit den Arbeitern um.

Auch an verschiedenen komischen und ernstlichen Intermezzen mangelt es nicht, und zwar Sonntags abends oder Montags früh. Die Arbeiter begreifen nämlich nicht, daß Arbeit ein Vergnügen ist und das Leben verflücht, sondern wollen am Schluß der Woche auch Lohn haben. Die Firma hat nun zwar einen schönen Geldschrank, aber wie es scheint, ist er nicht immer voll, denn der Herr Werkführer kommandiert am Freitag oder Sonntags abends Abend: „Heute giebt's fünf Mark, mehr nicht, ab!“ Jeder läßt sich nun nicht in's Dockshorn jagen und hat die Dreistigkeit, mehr zu verlangen, was hält aber oftmals schwer; macht dann mal Genier seinem Herzen Luft, nun, dann ist die Polizeiwache nicht weit, und man begreift dann erst, daß es doch gut ist, daß wir in Leipzig viel Schülerte haben, denn sonst könnte es vorkommen, daß jeder Arbeiter seinen verdienten Lohn bekäme, seinen Verpflichtungen gegen seine Logiswirthsleute oder Familie gerecht werden könnte oder sich gar als Mensch unter Menschen fühlte. Da nun zum kommenden Frühjahr die Wanderlust wieder erwacht, so kann jeder nach Leipzig kommende Kollege von Vorstehendem Notiz nehmen und sich es ja nicht entgehen lassen, sofort nach diesem Musterbetriebe zu laufen, denn er kann dort gut ausgeblutet werden. F. r. Meusch.

Die Aussperrung auf der Werft von G. Seebek A.-G. in Bremerhaven.

Die Lage der Aussperrten ist, den Umständen nach, eine ziemlich gute. Besonders muß die Solidarität der bis jetzt hier Zugereisten lobend hervorgehoben werden, daß um so mehr, wenn man bedenkt, daß von den nahezu 200 meist unorganisierten Arbeitern, die Bremerhaven aufgesucht haben, um bei Seebek in Arbeit zu treten, sämmtliche — bis auf vier — als sie die Thatfachen erfuhr, Bremerhaven wieder den Rücken gekehrt haben. Aber auch diese vier sind nur wenige Tage in den großen, leeren Hallen gewesen; auch sie sind wieder abgereist. Die Maschinenwerkstatt steht heute, nach vier Wochen, noch ebenso leer, wie eine Stube nach der Aussperrung. Die Vermuthung, die wir in Nr. 1. d. Bl. ausgesprochen haben, daß Seebek, gestützt auf Tellenborg, versuchen wird, unter allen Umständen daran festzuhalten, daß erst nach voll gearbeiteten 10 Stunden Ausschlag gewährt wird, hat sich bewahrheitet, denn bei einer nochmaligen Vorstellung der Streikleitung bei der Firma zwecks Unterhandlung verlas der Profakant Niedermeier einen Brief der Firma Tellenborg, in dem es u. A. hieß: „Wir jetzt arbeiten wir nur bis 6 Uhr Abends, sollte aber nächstens das Bedürfnis, länger zu arbeiten, eintreten, so werden auch wir erst nach voll gearbeiteten 10 Stunden Ausschlag gewähren.“ Mit diesem Brief sind alle Argumente, die in Nr. 1 dieses Blattes ausgesprochen, zur bitteren Wahrheit geworden. Diese Klippe zu umschiffen, ohne Schiffbruch zu leiden, heißt für die in Betracht kommenden Gewerkschaften: weise Vorsicht walten zu lassen, kaltes Blut zu haben und Alles zu vermeiden, was auch nur den Schein einer Provokation erwecken könnte. Nahezu 10 Jahre steht in der Arbeitsordnung von Tellenborg wörtlich: „Die Zeit von 6 Uhr bis 10 Uhr Abends wird als Ueberzeit mit 25 pZt. Ausschlag bezahlt“. Nun soll auf einmal die ganze Bestimmung über den Hausen geworfen werden. Bei Seebek steht es zwar nicht in der Arbeitsordnung, dort heißt es, die Arbeitszeit dauert in der Regel von 6 bis 6. Es ist aber seit dem Jahre 1892 bis 14. Dezember 1900 jede Zeit nach 6 Uhr Abends mit 25 pZt. bezahlt worden. Es hat sich da also seit Jahren so eingebürgert, daß es Jeder als selbstverständlich annahm, und hauptsächlich deswegen schon, weil Herr Seebek im Jahre 1892, als die noch jetzt bestehende Arbeitsordnung mit dem damaligen Arbeiter-Ausschuß festgelegt wurde, von Besterem darauf hingewiesen worden, daß es doch besser sei, wenn es in der Arbeitsordnung heißen würde: Die Zeit nach 6 Uhr Abends wird mit 25 pZt. Ausschlag vergütet. Da erklärte Herr Seebek feierlich, „daß sein Wort eben so gut wäre, als wenn es dort schriftlich niedergelegt wäre“. Nun ist Herr Seebek wortbrüchig geworden. Daß den bis jetzt bestandenen Arbeitsbedingungen auch fernerhin Geltung verschafft und die von den Werftprozen uns aufzuzwingende Arbeitsordnung abgewehrt werden kann, dazu können die deutschen Kollegen viel beitragen, indem sie Zuzug nach hier streng fern halten.

Kundschau.

Die Reichstagskommission zur Vorberathung des Geschenkwerths über die privaten Versicherungsunternehmungen (siehe Nummer 49 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 1. Dezember 1900) verhandelte unter Anderem auch über die Frage, was denn eigentlich als Versicherungsunternehmung anzusehen ist. Ganz besonders wurde auf die gewerkschaftlichen und anderen Arbeitervereinigungen hingewiesen, die

Unterstützungen gewährten, aber zur Zeit eine Rechtsföcherheit nicht besäßen. Die Regierung erklärte, daß solche Vereinigungen nicht unter das Gesetz fallen sollen. Es läge auch kein Hinderniß vor, dies ausdrücklich im Gesetz festzulegen. Ein diesbezüglicher Antrag wird seitens der Sozialdemokraten für die nächste Sitzung in Aussicht gestellt.

Ein Kaplan für den Achtstundentag. In einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins in Görlitz mied, wie der „Görlitzer Anzeiger“ berichtet, kürzlich ein Kaplan in populärer Darstellung die schädlichen Folgen nach, welche die übermäßige Arbeitsdauer, die man als Raubbau bezeichnen kann, in gesundheitlicher Beziehung hat. Er konnte seine Beweisführung auf zahlreiche Erfahrungen in der fesselforgerischen Wirksamkeit stützen, berücksichtigte in seinen Darlegungen sowohl die körperliche, als auch die geistige Arbeit und kam nach einer eingehenden Erörterung des Mißbrauchs des Alkohols zu dem Endergebniß, daß das Verlangen nach einer nicht zu langen Arbeitszeit gerechtfertigt ist und daß auch der Achtstunden- Arbeitstag für den Eingehenen und das Menschengeschlecht von Vortheil sein würde.

Auch eine „neutrale Gewerkschaft“. Unter dem Namen eines „katholischen Seelsorgervereins für Bayern“ hat sich eine neue Gewerkschaft zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der katholischen Geistlichkeit gebildet. Daß es sich um eine Gewerkschaft handelt, ist einer Erklärung zu entnehmen, die der erste Schriftführer dieser Interessenorganisation im „Frank. Courier“ veröffentlicht. Aus dieser Erklärung geht übrigens auch hervor, daß diese „Gewerkschaft“ sich möglicher „Neutralität“ befleißigen will, denn es heißt: „Der Verein mißt sich nicht in Fragen des kirchlichen Lebens und der kirchlichen Disziplin, er erstrebt nur die Sicherung der sozialen Stellung seiner Mitglieder. In diesem Streben wird er sich durch nichts irre machen lassen, sondern unentwegt, sei es in dieser, sei es in einer anderen Form, fortfahren.“

Entsprechend der Haltung, die die preussischen Bischöfe gegenüber gewerkschaftlichen Organisationen eingenommen haben, hat denn auch direkt die höhere Geistlichkeit Bayerns sich gegen diese Seelsorger-Gewerkschaft gewandt, was die Geistlichkeit allerdings nicht abhielt, es ihren katholischen Glaubensgenossen vom Arbeiterstande gleichzutun und trotz bischöflicher Bannsprüche wie Jene an ihrer Gewerkschaft festzuhalten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Am heutigen Tage ist an alle Zahlstellen und Gauvorstände ein Zirkular versandt worden. Sollte dasselbe irgendwo nicht eingetroffen sein, so bitten wir um Nachricht.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung in voriger Nummer, betreffend die Unachtsamkeit mancher Kassierer bei Ausfertigung der Reiselegitimationen und Auszahlung der Reiseunterstützung, veröffentlichen wir noch folgendes Beispiel: Das Mitglied Gustav Bacherer (Buch-Nr. 195 105), eingetretet am 24. Juni 1899 in Offenburg, meldete sich am 28. Mai 1900 daselbst ab und erhielt auch eine Reiselegitimation, obwohl noch vier Wochen an der Erfüllung der einjährigen Karenzzeit fehlten. Am gleichen Tage zahlte ihm dann die Zahlstelle Freiburg i. B. 75 M., am 30. Mai Lörrach M. 1,40, am 2. Juni die schweizerische Zahlstelle Schaffhausen 40 M. und am 3. Juni unsere Zahlstelle Singen gar M. 2,24 (für einen Tag!) Unterstützung. Als dann ging B. wieder nach Offenburg zurück, ohne daß einer der genannten Zahlstellenkassierer darauf aufmerksam geworden wäre, daß B. überhaupt noch keinen Anspruch auf Unterstützung hatte.

Auf vielfache Anfragen theilen wir auch an dieser Stelle mit, daß von dem Almanach für 1901 noch ein kleiner Vorrath vorhanden ist. Es können also etwaige Nachbestellungen zur Zeit noch berücksichtigt werden, worauf wir besonders auch diejenigen Zahlstellen aufmerksam machen, welche mit ihren Bestellungen bisher noch ganz im Rückstand geblieben sind.

Nachdem nunmehr alle Mitglieder im Besitz des neuen Mitgliedsbuches sein werden, empfehlen wir denselben heute nochmals dringend, das alte Buch dauernd aufzubewahren, um, namentlich bei späteren Ansprüchen auf Unterstützung, mit Hilfe des alten Buches leicht die Gesamtzahl der geleisteten Beiträge nachweisen zu können.

Unsere Agitationsbroschüre ist seit einiger Zeit total vergriffen. Dafür stellen wir jedoch für die nächste Zeit entsprechende Flugblätter allen Zahlstellen bei passendem Bedarf zur Verfügung.

Bezüglich des Adressenverzeichnisses sei hier zum wiederholten Male darauf hingewiesen, daß der Vorstand von jeder Zahlstelle nur zwei Adressen — die des Bevollmächtigten und der Herberge — in das Verzeichniß aufnehmen kann. Die häufigen Wünsche, auch die Adressen des Auszahlers der Reiseunterstützung, des Arbeitsnachweises u. mit abzubringen, können beim besten Willen nicht erfüllt werden, weil dadurch das Verzeichniß doppelt so umfangreich und doppelt so theuer als gegenwärtig werden müßte. Wir verweisen diesbezüglich auf die allen Zahlstellen zur Verfügung stehenden Verbandsplakate, welche, mit all' diesen Adressen ver-

sehen, in den Herbergen ausgehängt werden können und den zureisenden Kollegen zur Orientirung dienen sollen.

An die reisenden Mitglieder müssen wir das Ersuchen richten, bei Ankunft in einer Zahlstelle nicht in die Wohnung des Bevollmächtigten, sondern zur Herberge zu gehen und aus dem daselbst aushängenden Verbandsplakat die Adresse des Auszahlers der Reiseunterstützung, sowie dessen Sprechzeit zu entnehmen. Die Klagen der Bevollmächtigten, daß sie durch den Zulauf der Reisenden sowohl beim Hauswirth als beim Arbeitgeber geschädigt würden, mehren sich derart, daß wir die reisenden Mitglieder dringend bitten müssen, obige Vorschrift in Zukunft strikte zu befolgen.

Stuttgart, den 12. Januar 1901.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

9. Gau. Vorort Leipzig.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachungen in den Nummern 46 und 51 der „Holzarb.-Ztg.“ vom vorigen Jahre, betreffend Gantag in Döbeln, geben wir den Lokalverwaltungen respektive den Delegirten bekannt, daß der Gantag zu **Sonntag, den 20. Januar**, nach Döbeln einberufen ist, und findet derselbe im Restaurant „Mulden-Terrasse“ statt. Eröffnung **Donnerstags Punkt 11 Uhr.**

Endgültige Tagesordnung: 1. Konstituierung des Gantages. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Die wirtschaftlichen Kämpfe unserer Organisation im verfloffenen Jahre (Referent: Kollege Schneegäß-Stuttgart). 4. Bericht der Delegirten. 5. Organisation und Agitation, sowie Anträge.

Die eingegangenen Anträge sind den Lokalverwaltungen überhandt worden. Noch wollen wir darauf hinweisen, daß die überhandten Situationsfragebogen zum Gantag durch die Delegirten abzuliefern sind, um dieselben mit für den nächsten Halbjahresbericht des Gaus zu bearbeiten zu können. Demzufolge wird der Halbjahresbericht erst nach der stattgefundenen Gantagkonferenz für die „Holzarbeiter-Zeitung“ erscheinen.

Die Delegirten werden gebeten, ihre Reise so einzurichten, damit sie Punkt 11 Uhr im Sitzungsort sein können, und erwarten wir, daß alle Zahlstellen vertreten sind.

Der Gauvorstand. Hermann Wilsdorf.

19. Gau. Vorort Eberfeld.

Halbjahresbericht.

Wenn im ersten Halbjahresbericht Klage geführt werden mußte über Pflichtvernachlässigung einiger Zahlstellenverwaltungen betreffs Einsendung der Fragebogen, so ist dieses Mal erfreulicher Weise zu berichten, daß sämmtliche Verwaltungen ihren diesbezüglichen Aufgaben nachgekommen sind, außer Castrop, das trotz mehrmaliger Aufforderung einen Fragebogen nicht einbandte. Die Pünktlichkeit der Einsendung und die Art der Ausfüllung der Fragebogen läßt allerdings noch Manches zu wünschen übrig und wäre zu hoffen, daß diese Mängel in Zukunft verschwinden möchten.

Aus der Zusammenstellung ergibt sich nachstehendes Situationsbild über die Arbeits-, Lohn- und Organisationsverhältnisse im Gau: Beschäftigt werden in den Zahlstellen des Gaus 17 371 Kollegen, davon sind organisiert 3448, gleich 20 pZt. Mithin stehen den 3448 organisierten Kollegen noch 13 923 Nichtorganisierte gegenüber. Prozentual am besten organisiert sind die Drechsler und Stellmacher mit 25 pZt. Von den Tischlern sind 19 und von den Bürstenmachern 18 pZt. organisiert. Eine Zusammenstellung über das Fortwachergerwerbe würde voraussichtlich kein richtiges Bild ergeben, da die Fragebogen diesbezüglich sehr unvollkommen ausgefüllt zu sein scheinen. Es sind als beschäftigt im Gau nur 58, wovon 30 organisiert, aufgeführt.

Während im ersten Halbjahre eine Zunahme von 371 Mitgliedern zu verzeichnen war, so ist der Bestand am Schluß des zweiten Halbjahres derselbe geblieben. Die Mitgliederzahl ist in 15 Zahlstellen um 220 gestiegen, dagegen in 23 Zahlstellen um 215 gesunken; die übrigen sind auf ihrem früheren Bestand stehen geblieben. Die Verringerung der Mitgliederzahl in den 23 Zahlstellen ist wohl zum großen Theil auf die Geschäftskrise zurückzuführen, andererseits wohl auch auf die Beitragserhöhung seit Beginn des zweiten Halbjahres; da es ja leider immer noch eine Anzahl Kollegen nicht über's Herz bringen kann, sich der Majorität unterzuordnen, die, wie die spätere Zeit bewiesen hat, mit der Abstimmung über Beitragserhöhung durchaus das Richtige getroffen hatte.

Wie die Geschäftsklage nachhaltig auf die Organisation einiger Orte einwirkt, zeigt der Bericht der Zahlstelle Wannen. Dort verlor die Zahlstelle infolge der schlechten Wirtschaftsverhältnisse durch Austritt aus der Organisation, hauptsächlich aber durch Abreise, circa 80 Kollegen. Die Klaviaturfabrik von Klinge, dortselbst, reduzirte die Arbeitszeit während dreier Monate hindurch auf täglich sechs Stunden. Auch die größte Drechserei ließ infolge Mangels von Aufträgen eine erhebliche Deduktion der Arbeitszeit eintreten. Eine Baufirma entließ in wenigen Wochen 22 Kollegen. Weitere Angaben liegen vor uns aus Eberfeld, Gerne, Hochum, M.-Glöblich, Aufrort, Welbert, Köln u. A., nach welchen wegen Mangels an Beschäftigung eine große Anzahl von Kollegen infolge der Abflauung der Geschäfte arbeitslos wurden.

Die Arbeitszeit hat sich im Durchschnitt gegen das Vorjahr um etwas verringert. Bei den Tischlern von 10 1/2 auf 10 1/4 Std., bei den Drechslern von 10 1/2 auf 10 1/4 Std., bei den Stellmachern von 11 auf 10 1/2 Std., während dieselbe bei den Bürstenmachern auf 10 1/2 Std. stehen geblieben ist.

Die Zahl der in unseren Verufen beschäftigten weiblichen Personen beträgt 41, wovon drei in der Bürstenindustrie Beschäftigte der Zahlstelle Mühlheim a. d. Ruhr als Mitglieder angehören.

Vorwiegend im Tagelohn wird in 25 Zahlstellen gearbeitet, im Akkord in 9, während in 8 Zahlstellen Tagelohn- und Akkordarbeit gleich stark vertreten sind.

Das immer wiederkehrende Bild, daß unseren Organisationen die Lokalitäten zu Versammlungszwecken abgetrieben werden, ist auch heute noch vorzuführen. Diesbezügliche Thatsachen liegen vor aus Duisburg, Gelsenkirchen, Mühlheim a. Rhein, Banne, Siegburg, Oberhausen, Anna, Wermelskirchen und Ruhrort.

Den fünf lehteren Zahlstellen ist es sogar unmöglich, ein Lokal für Mitgliederversammlungen, wie viel weniger ein solches für öffentliche Versammlungen zu erhalten.

Abgesehen von kleinen Wertarbeit-Vereinigungen sind größere Lohnbewegungen im zweiten Halbjahr nicht zu verzeichnen. Maßregelungen wegen der Zugehörigkeit zum und Tätigkeit für den Verband sind zu verzeichnen aus Düsseldorf, Neuß, Mülhrot, Hagen, Oberhausen und Waime, ohne jedoch zu weiteren Lohnstreitigkeiten zu führen.

Als eine Neuerung, welche unzweifelhaft für die Organisation im Gau sich sehr nützlich erweisen wird; ist die jetzt zur Tat gewordene Anstellung eines Gauvorstehers anzusehen. Nachdem sich schon die vorjährige Konferenz in diesem Sinne ausgesprochen und der Verbandstag in Nürnberg die Anstellung von Gauvorstehern dem Gauvorstand und Ausschuss nahegelegt hatte, hat es der Gauvorstand im Interesse der Organisation als seine Pflicht betrachtet, die nötigen Schritte zur Anstellung einer besoldeten Person einzuleiten. Da der Gauvorstand glaubte, nicht sämtliche Mittel für die Anstellung aus der Hauptkasse bestreiten zu können, sonst aber von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugt war, sah sich der Gauvorstand veranlaßt, die Ansicht der interessierten Zahlstellen über eventuelle Leistung eines Extrabeitrages einzuholen. Auf diese bezügliche Umfrage erklärten sich 33 Zahlstellen bereit, einen Beitrag von 10 M pro Mitglied und Quartal für die Besoldung leisten zu wollen, 5 Zahlstellen verhielten sich verneinend zu der Frage und 4 ließen dieselbe unberücksichtigt. Wenn der Gauvorstand auf die kombinierte Versammlung der Zahlstellen Solingen, Wald und Ohligs und speziell auf das Solinger „Eingehändt“ zu dieser Frage nicht reagierte, so deshalb, weil die Erwiderungen des Redakteurs vom Verbandsorgan vollstän dig für genügend hält und den Namen der „Holzarbeiter-Zeitung“ als zu wertvoll erachtet, um eine Entgegnung solcher „objektiven“ Auffassungen und Urtheile einzelner Solinger Kollegen zu rechtfertigen. Weiter hierauf einzugehen, erachten wir heute für überflüssig; die Konferenz mag entscheiden, ob sie den „idealistischen“ Anschauungen dieser Solinger Kollegen beipflichten will.

Anknüpfungspunkte behufs Gründung von Zahlstellen fand der Gauvorstand durch Vermittelung anderer Kollegen in Neheim, Überlingen, Wiersen und Soest. In letzterem Orte, welcher früher dem Gau Wiersfeld unterstand, wurde wieder eine Zahlstelle gegründet, wozu wegen es nach Lage der Verhältnisse für richtig befunden wurde, in den anderen Orten von Zahlstellengründungen vorläufig Abstand zu nehmen bis zu einer günstigeren Zeit. In diesen Städten wurden Vertrauensmänner ernannt.

Die Zahlstellen Hohenlimburg und Düren sind durch Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit der an der Leitung stehenden Kollegen nach kurzem Bestehen wieder eingegangen. Dem Gauvorstand war es unter den bisherigen Verhältnissen nicht möglich, diesen jungen Zahlstellen jene Aufmerksamkeit so zu widmen, wie es die Umstände erforderten. Er wird jedoch für die Zukunft Veranlassung nehmen, sein Augenmerk mehr auf die Personen zu richten, welche mit den Verwaltungsgeschäften betraut werden, um neugegründeten und kleineren Zahlstellen einen festeren Bestand zu sichern.

Zwischenschiedung bei Fertighellen der Quartalsabrechnung, sowie bei Revisionen wurde der Gauvorstand in Anspruch genommen von den Zahlstellen Gevelsberg, Velbert, Wanne, Dortmund, Düren und Ratingen. Bei Lohnbifferenzen von den Zahlstellen Datteln und Ratingen. Bei Veranlassung der örtlichen Organisationsverhältnisse und bei Neugründungen von Zahlstellen von Überlingen, Wiersen, Neuß, Düren, Witten, Hohenlimburg, Neheim, Herne und Soest.

Berichtungen, zu welchen Redner beansprucht und aus der Gaultasse entschädigt wurden, tagten 44 in folgenden Orten: Je eine in Datteln, Düren, Düsseldorf, Datteln, Gevelsberg, Gevelsberg, Gelsenkirchen, Hörde, Köln, Krefeld, Sülzenstein, Ratingen, Reuschel, Mülhrot, Schwelm, Siegen, Solingen, Velbert, Wald, Wanne. Je zwei tagten in Dortmund, Hagen, Herne, Ohligs, Witten und Neheim. Je drei in Bochum und Neuß und fünf in Essen.

An Lohnbindungen ließen ein 310, vom Gauvorstand abgezahlt wurden 260. Ein Druckfehler wurde hergestellt: Aufzettel für die Zahlstellen Witten und Neheim je zweimal 100 Stück, Gevelsberg und Herne je 100 Stück und Düren 200 Stück. Desgleichen Flugblätter für Bochum 700 und Herne 200 Stück, sowie für den Gau notwendige Formulare.

Freiwillige Beiträge landten ein Schwelm M. 5, Siegen M. 3,30, Herne M. 8, Gelsenkirchen M. 4,40, Ehrenfeld M. 5 und Wanne M. 1,50, im Summa M. 27,20.

Die Abrechnung gestaltet sich wie folgt:

Table with financial data: Einnahme (Kassenbestand vom vorigen Halbjahr, Beiträge aus der Hauptkasse, Freiwillige Beiträge der Zahlstellen, Ausgabe (Düren und Jahrgelder an Abrenten, laufende Kosten, Druckkosten und Inserate, Porto und Schreibmaterial, Personelle Verwaltungskosten), Bilanz (Summe, Ausgabe), Rest ein Kassenbestand von).

Die Abrechnung geprüft und für richtig befunden zu haben, bekundigen die Revisoren der Zahlstelle Eberfeld: Otto Spindler, Reinhold Haberland, Peter Blum.

Als geeigneter Zeitpunkt zur Tagung der Konferenz ist der Gauvorstand des 3. Februar bekannt. Dieselbe tagt in Köln bei Herrn Neuen, Fern- und Telegraphenamt in Krefeld und beginnt Morgens 11 Uhr. Die Zahlstellen sollen zur Konferenz Stellung nehmen und die Delegierten zahlen berechnen. Nach Abschluß der letzten Konferenz wählt die Zahlstelle bis zu 150 Mitgliedern einen Delegierten, für jedes dieser Hauptabteilungen einen zweiten, jedoch nicht mehr als vier. Die Zahlstellen unter 20 Mitgliedern können bei Mangel Lokalfaste die Anwesenden zu der Konferenz auf der Gaultasse vergütet bekommen. Die Delegierten sollen sich

von ihrer Ortsverwaltung ein Mandat ausstellen lassen und ihre Ankunft und etwaigen Wünsche dem Kollegen Adam Clement, Königstraße 116 in Krefeld, übermitteln, damit allen Wünschen Rechnung getragen werden kann.

Als Erkennungszeichen werden die am Bahnhof Krefeld anwesenden Kollegen den Kofj der „Holzarbeiter-Zeitung“ sichtbar tragen.

Der Gauvorstand bringt folgende Tagesordnung zur Verhandlung auf der Konferenz in Vorschlag: 1. Bericht des Gauvorstandes, 2. Auf welche Weise betreiben wir in Zukunft die Agitation? 3. Welche Lehren ziehen wir aus den im letzten Jahre im Gau stattgefundenen Lohnbewegungen? 4. Allgemeine Anträge und Verschiedenes.

Eberfeld, im Januar 1901.

Der Gauvorstand. J. A.: Aug. Harrung, Gr. Klostbahn 27.

NB. Der Jahresbericht wird nach der Drucklegung sofort den Zahlstellen übermittelt werden, und ist je ein Exemplar bestimmt für den Delegierten und eines zur Aufbewahrung für die Ortsverwaltung zur stetigen Einsichtnahme.

Das Verzeichniß der Zahlstellen vom Jahre 1900 konnte noch nicht mit dem Jahresbericht zur Verfertigung gelangen, da es dem Drucker nicht möglich war, dieses zur bestimmten Zeit fertig zu stellen. Es wird den Delegierten auf der Konferenz für ihre Zahlstellen ausgehändigt werden.

13. Gau. Vorort Braunschweig.

Wie den Zahlstellen schon mittels Zirkulars bekannt gegeben, findet die dritte Gaukonferenz Sonntag, den 27. Januar, Morgens 10 Uhr, im Gewerkschaftshause zu Braunschweig, Werder 32, statt.

Als Tagesordnung geben wir bekannt: 1. Bericht und Abrechnung des Gauvorstandes vom Jahre 1900. 2. Bericht der Zahlstellen über die örtlichen Verhältnisse. 3. Organisation und Agitation, mit Berücksichtigung des wirtschaftlichen Niederganges. 4. Eingegangene Anträge.

Wir bitten die Delegierten, frühzeitig genug in Braunschweig einzutreffen und als Erkennungszeichen am Bahnhof die „Holzarbeiter-Zeitung“ sichtbar zu tragen.

Der Jahresbericht wird in der nächsten Nummer der Holzarbeiter-Zeitung veröffentlicht.

Der Gauvorstand. J. A.: Alfred Bartels.

20. Gau. Vorort Frankfurt a. M.

Wie in dem verhandten Fragebogen bereits hingewiesen, findet die Gaukonferenz am 17. März in Darmstadt statt und wird die Einladung hierzu, sowie die Angabe des Lokals im nächsten Monat erfolgen.

Um gewissenhafte Ausfüllung des verhandten Fragebogens, sowie um dessen Rücksendung bis 25. Januar wird hiermit nochmals ersucht. Sollte jedoch derselbe in irgend einer Zahlstelle nicht eingetroffen sein, so wolle man denselben bei uns sofort reklamieren. Mit kollegialen Gruß

Der Gauvorstand. J. A.: F. Brückner, Haideplatz 1.

22. Gau. Vorort München.

Der Gauvorstand hat sich in seiner letzten Sitzung konstituiert und ist die Adresse des Gauvorstehers: Anton Raith, Humboldtstraße 40, 1. Et. Alle Gelder sind zu senden an den Gauassessor: Karl Deininger, Schreiner, Ziehlstraße 17, 3. Et. Die Zahlstellendirektoren, welche des Jahres-Fragebogen noch nicht eingekandt haben, werden ersucht, dies umgehend zu thun.

Der Gauvorstand hat ferner beschlossen, Ostern dieses Jahres in München einen Gauag abzuhalten; die Tagesordnung wird demnächst bekannt gegeben werden und eruchen wir die Zahlstellen, etwaige Wünsche oder Anträge an den Gauvorsteher gelangen zu lassen. J. A.: Anton Raith.

Korrespondenzen.

Muerbach. Durch Einführung der Affordarbeit bei der Firma Ernst Seidel, Möbelfabrik, machte sich eine Bewegung unter den hiesigen Tischlern bemerkbar. Herr Seidel legte einen Tarif vor, welchen die Kollegen nicht annehmen konnten. Sie wählten daher eine Kommission, die bei Herrn Seidel vorstellig wurde. Herr Seidel erklärte, durch die große Konkurrenz gezwungen zu sein, Affordarbeit einzuführen. Ob es gelingen wird, wie bisher an der Lohnarbeit festzuhalten, wird theils von dem Zusammenhalt der Kollegen abhängen. Leider geht es auch hier wie überall, daß nicht sämtliche Kollegen der Organisation angehören. Sollte es hier trotzdem zu einem Konflikt kommen, so bitten wir die Kollegen, uns durch Fernhaltung des Zugangs zu unterstützen.

Braunschweig. Am 22. Dezember beschäftigte sich unsere Mitgliederversammlung mit einer Angelegenheit, die das Mitglied Ahmann betrifft. Schon in einer Verwaltungssitzung wurde dazu Stellung genommen. Da im „Braunschweig. Volksfreund“ aber durch theilweis falsche Veröffentlichungen der wahre Sachverhalt entstellte wurde und die Preßkommission des „V. Volksfr.“ eine Entgegnung unferverleibt ablehnte, müssen wir uns in unser Verbandsorgan fügen, um die Verleumdungen gegen den Holzarbeiterverband zurückzuweisen. Der Bevollmächtigte unserer Zahlstelle, Kollege Schmidt, führte zur Sache Folgendes aus: Der frühere Kollege Ahrens hatte vor längerer Zeit zu Verbandskollegen geäußert, daß Kollege Ahmann ihm erklärt habe, es hätte keinen Zweck, dem Holzarbeiterverbande anzugehören; speziell für ihn sei es zwecklos, Mitglied zu sein, da er ja als Tischlergehilfe nicht mehr arbeite. Wenn er es nicht seiner Stellung wegen thäte, wäre er schon längst ausgestiegen. Ahmann, von dem er solche Äußerungen nicht glaube, von ihm befragt, ob er jemals in diesem Sinne mit Ahrens gesprochen, hielte dies in Abrede, erklärte derartige Äußerungen für Lügen und gab seine Zustimmung, Ahrens dies brieflich mitzuteilen. In einem Antwortschreiben hielt Legner seine Äußerungen aufrecht und meinte, Ahmann hätte nach viel stärkere Nebenbeweise gebraucht. Als er (Schmidt) Ahmann von diesem Ergebnis Mitteilung machte, wurde dieser anerkennend und beleidigend, nannte ihn im Beisein einer großen Anzahl Personen einen höchst charakterlosen Menschen, und da er mit charakterloser Gesellschaft nicht mehr verkehre, erklärte er gleichzeitig seinen Austritt aus dem Verband. Dies seien die ganzen von Ahmann angeführten Äußerungen, deren er sich schuldig gemacht, und wenn einige vertrauliche Aufträge seine

Charakterlosigkeit dokumentierten, so würde er dieselbe leicht den Gehäns tragen. Was im Uebrigen ihm Ahmann unterrichtet, daß er im Lokale Winkmann den Fall öffentlich mit Kollegen verhandelt hätte, so erklärte er, daß er seit dem Herbst 1899 in genanntem Lokale nicht mehr gewesen sei, insofern er auch den Fall Ahmann, der sich erst vor einiger Zeit abspielt, dort nicht besprochen haben könne. Redner erklärte ferner, daß diese seine Ausführungen genau den Thatfachen entsprächen und würde er dieselben eventuell Ahmann gegenüber mündlich wiederholen. In der Diskussion befand Kollege Samade, wenn Ahmann behauptet, er sei nur wegen dieser Affäre aus dem Verbande geschieden, so entspräche dies wohl kaum der Wahrheit, da Frau Ahmann ihm als Zeitungsträger lange vor dem erklärt habe, er brauche die Zeitung nicht mehr zu bringen, ihr Mann sei doch kein Tischler mehr und seine Verbandsmitgliedschaft für ihn jetzt zwecklos. Kollege Feldmann rügt die Beleidigungen der ganzen Ortsverwaltung des Verbandes durch die Äußerungen Ahmann's in der Arbeiterversammlung sowohl als in dem Bericht des „Volksfreund“ und fordert Gegenklärung in letzterem Blatte und in der „Holzarbeiter-Zeitung“. Kollege Bartels bedauert den Schritt Ahmann's, entschuldigt jedoch die anfallenden Neben des Letzteren mit dessen durch seine Thätigkeit überreizten Nerven (Ahmann ist Geschäftsführer des Konjunkturvereins), weist jedoch die Behauptung Ahmann's, derselbe sei von der Gewerkschaft durch Referate zu sehr in Anspruch genommen, zurück, da derselbe innerhalb dreier Jahre nur einmal am Orte und einmal außerhalb referierte. Auch die Kollegen Brandt, König und Heine verurtheilten die Handlungsweise Ahmann's und empfahlen die Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung bedauert es im höchsten Grade, daß ein sozialistischer Stadtverordneter es mit seinen Prinzipien vereinbaren kann, unter solchen Äußerungen aus feiner Gewerkschaft auszutreten. Auch bedauert es, wie derselbe es wagt, den Schein zu erwecken, als hätte er die Arbeiterbewegung nur als Mittel zum Zweck betrachtet, zu einer einträglichen sorgenfreien Existenz zu gelangen.“ Die Annahme geschah einstimmig.

Lahr. Am 30. November v. J. fand die Neuwahl der Arbeitervertreter zur Ortskrankenkasse statt. Von den vierzehn vom hiesigen Gewerkschaftskomitee vorgeschlagenen Kandidaten wurden neun gewählt. Am gleichen Abend, an dem das für die hiesige Arbeiterschaft günstige Resultat verkündet wurde, tagte in den Fabriklokalfitäten der bekannten Firma Schäd & Blank eine Versammlung, in welcher Herr Blank als Referent auftrat. Er führte in väterlicher Weise seinen braven Arbeitern den schlechten Geschäftsgang vor Augen, daß alle Läger überfüllt seien mit fertigen Arbeiten, was in der That der Fall ist, und kam zu dem Schlusse, daß hier dringende Abhilfe notwendig sei. Er unterbreitete seinen Arbeitern zwei Vorschläge zur Wahl. Entweder die Arbeitszeit zu verkürzen oder eine Lohnreduktion von 10 pSt. Herr Blank machte aber gleich den ersten Punkt hinfällig, indem er dringend zur Annahme des zweiten Punktes rief. Hier ließ er selbstverständlich auf bereinigten Widerstand. Unsere organisierten Kollegen, deren es leider nur sehr wenige bei Sch. & B. sind, wußten, daß wenn die zehnstündige Arbeitszeit auf eine neunstündige reduziert würde, dieselbe im Frühjahr recht bald auf eine zehnstündige wieder erhöht werde, nicht so aber ein 10prozentiger Lohnabzug. Trotzdem bei dieser Generalversammlung, wie sie ipsofacto von den Arbeitern genannt ist, ausdrücklich betont wurde, die Reduktion treffe nur die Schreiner, von den Drechsler und Stuhlmalern wolle man absehen, die Drechsler thäten ihre Schuldigkeit und die Stuhlmacher dürften sich noch mehr verdienen, zog es ein Theil der Arbeiter vor, die Arbeitszeit zu kürzen. Aber der demüthige Arbeiter denkt und Herr Blank lenkt in diesem Falle. Herr B. meint: „Das kann absolut nicht gehen, das wird meine Tagelöhner und Maschinenarbeiter zu sehr schädigen.“ Demnach ist Herr B. an einem Tagelöhner (und deren sind es bereits die Hälfte des Gesamtpersonals) mehr gelegen, als an einem gelehrten Arbeiter. Dies beweist auch ein Ausspruch, den Herr B. kürzlich seinem gedrückten Herzen entlocken ließ. Er sagte, daß seine Arbeiter bei ihm bleiben müßten, da sie sonst keine Arbeit bekämen, oder, wie der schwere Hintermann dieser Firma meinte, die Schreiner verdienen zu viel, man könne Schreiner genug um M. 2 haben. Die Lohnsätze der Schäd & Blank'schen Schreiner sind keineswegs zufriedenstellende zu nennen, das dürften die Herren Fabrikanten an der gelieferten Arbeit sehen, die die Herrn ja auch nicht immer zufrieden stellt. Hier heißt es: Wie der Lohn, so die Arbeit; Herr Schäd hätte gerne saubere, gut gearbeitete Arbeit. Doch lassen sich beide Dinge nicht gut miteinander vereinigen. Der Abzug wurde gemacht, ohne daß die Arbeiter der betreffenden Firma eine Lehre daraus gezogen hätten. Doch eine Sünde folgt der anderen. Das Experiment, das sich bei den Schreibern ohne Miße anwenden ließ, sollte auch bei den Drechsler angewandt werden. Auch hier fand der pfiffige Herr B. einen Weg, um ihnen plausibel zu machen, daß auch ihnen 10 pSt. abgezogen werden müßten. Bei der Abschlagszahlung erklärte er kurzweg, daß bei allen Affordarbeiten der Abzug vorgenommen würde, ohne zu bemerken, daß die Drechsler und Stuhlmacher dabei gemeint sind. Die Kollegen ja noch mehr verdienen! Der nächste Zahltag war der Samstag vor Weihnachten, und Herr Blank hatte jedenfalls an den himmlischen Lobgesang: „Friede auf Erden und meinen Arbeitern ein Wohlgefallen an meiner Beschäftigung.“ Herr Schäd warnte sein Ja und Amen dazu. Die Firma hat es nöthig, von Zeit zu Zeit eine solche Beschäftigung bei ihren Arbeitern vorzunehmen. So auch vor drei Jahren, als den Arbeitern am heiligen Abend eine Schandfabrikordnung unter den Weihnachtsbaum gelegt wurde. Damals waren dieselben noch selbstbewußt genug und wiesen die Beschäftigung zurück. Heute? Doch der Abzug wollte nicht ganz glatt von Statuen gehen. Die Firma beschäftigt hier dreierlei Arbeiter, die bei den hiesigen Verhältnissen an den einzelnen Arbeiter gestellt werden (von denen die Herren Schäd & Blank mit ihrem Goldbeutel als Hintermann keine Ahnung haben) und dazu noch bei Winterzeit, nicht ohne Weiteres entlassenen wolle, stellte Herr Blank auf seinem Comptoir deshalb zur Rede. Herr Blank, als unvermeidlicher Redner der Firma Schäd & Blank, erwiderte, daß er mit dem betreffenden Arbeiter nichts zu reden habe. Und damit war der erste Akt des Schandstückes zu Ende. Im zweiten Akt ist Weihnachten. Herr Blank als strenger Katholik kommt pünktlich seiner Christenpflicht nach, er sieht sehr darauf, daß seine Tagelöhner katholischer Konfession auch alle Sonntage zur Kirche gehen. Es schreit der höchste Mann sein ausgeputzt der Kirche zu, um seinem himmlischen Schöpfer

zu danken für den durch seine Weisheit oder durch die Gleichgültigkeit seiner Arbeiter erbeuteten Mehrgewinn, den er nun einheimen kann, ohne einen Federstrich gemacht zu haben. Ja, es ist gut, denkt der gute Fabrikant, daß es noch Winter wird, wo man ungehindert schalten und walten kann. Wenn's nicht paßt, kann ja gehen! Hoffentlich wird es für den Arbeiter auch noch einmal Frühling werden. Am Donnerstag nach Weihnachten wurde der betreffende Drechsler nochmals bei Herrn W. vorstellig betreffs Zurückzahlung der 10 pZt. für die 14 Tage, und bestand darauf, daß er sich, da er jetzt von dem Vorhaben der Firma unterrichtet sei, bis auf Weiteres mit den anderen Arbeitern zufrieden zu geben, anderenfalls er die Firma beim Gewerbegericht anklage. Herr Blank erwiderte in brutaler Weise: „Gehen Sie nur auf's Gewerbegericht!“ Das Resultat war beim Einigungsversuch, daß Herr Blank erklärte, er würde die 10 pZt. zurückzahlen, wenn der betreffende Arbeiter sein Geschäft nicht mehr betrete. (Gut christlich!) Und der Grund hierzu, Herr Blank? Vor dem Gewerbegericht wurde ein Vergleich konstruiert, bei welchem der stolze und sonst unbeugsame Fabrikant die Hälfte der abgezogenen 10 pZt. dem Arbeiter wieder herausbezahlen mußte. Hätte der Arbeiter darauf bestehen wollen, so hätte Herr W. den ganzen, auf unrechtem Wege erworbenen Betrag zurückzahlen müssen. Auch wurde die Firma verpflichtet, den Arbeiter noch 14 Tage zu beschäftigen. Herr W., scheinbar bange vor dem Bekanntwerden seiner so christlichen Handlungsweise, zog es vor, den betreffenden Arbeiter, welcher in seinem Fache nur als tüchtig bezeichnet werden kann, wieder für längere Zeit zu beschäftigen. So endete die mit so viel Spektakel aufgebaute Komödie, die eigentlich ihren Ursprung nicht bei Sch. & W., sondern bei ihrem Hintermann, dem Goldbrot der Fabrik, haben dürfte. Der Eichorienkaffee treibt prächtige Früchte. Dies scheint auch nur da möglich, wo die Gleichgültigkeit der Holzarbeiter so groß ist wie in Laß. Körperlich und moralisch gehen die hiesigen Kollegen zu Grunde, wenn sie sich nicht bald ermannen und sich organisieren, damit sie sich gegen die Ausbeutungswuth, wie die vorbeschriebene, wehren können.

Mühlhausen i. Elf. Eine Mitgliederversammlung am 11. November d. J. *) beschäftigte sich mit der Erklärung des Direktors Herrn Kaufmann. Dieser war eingeladen, um sich ob der mancherlei unrichtigen und unwahren Behauptungen zu rechtfertigen. Er kam aber nicht, hielt sich aber unten in der Wirtschaft auf, um jedenfalls nach Schluß der Versammlung den Bericht entgegen zu nehmen. Der Bevollmächtigte, welcher ihn gewahr wurde, stellte ihn wegen seiner Doppelzüngigkeit zur Rede. Als er (Kaufmann) aber an den empfindlichen Stellen getroffen wurde, ließ er die Maske fallen und zeigte sein wahres Janusgesicht. Er überschüttete nicht nur den Bevollmächtigten, sondern auch den Verband mit den ärgsten Schmähungen. Zu den Behauptungen Kaufmann's in dessen Erklärung, Nr. 44, wird festgestellt, daß außer dem Dorarbeiter niemand M. 85 verdient. Ein großer Theil der zugereisten Arbeiter zieht weg und ist schon weggezogen. Das versprochene Niedersteigeld erhalten sie aber nicht. Vor drei Wochen haben ihn drei Arbeiter verklagt; Herr Kaufmann erschien erst beim dritten Termin. Die Arbeiter wurden aber abgewiesen, weil sie keine schriftliche Abmachung in Händen hätten und Herr Kaufmann solche Zugabe bestritt. Wochenlöhne giebt es jetzt nicht mehr, es wird nur noch in Afford gearbeitet, jedoch ist es durch Zusammenhalten der Arbeiter gelungen, die Affordpreise in die Höhe zu bringen. Unser Bestreben, die Leute in die Organisation zu bringen, ist von diesem Erfolge begleitet. Gegenwärtig gehören dem Verbands von den Kaufmann'schen Arbeitern 30 an. Herr Kaufmann versucht auch, ungelernete Arbeiter vom Lande, die an die Scholle gebunden sind, heranzuziehen. Einige Solche sind schon bei ihm thätig, können aber nur minderwertige Arbeit verrichten, da die gelernten Arbeiter sich weigern, dieselben auszubilden. Bei all den Differenzen spielt als Hauptstaudiger ein aus Wien zugereister Kollege Namens Adler eine traurige Rolle. Im Verband agitirte er gegen den Prinzipal, bei diesem gegen seine Mitarbeiter. Sein Lohn soll unter Bezugnahme auf die letztere Thätigkeit auf M. 50 pro Woche gestiegen sein. Er spielt sich auch auf als Vertrauensmann der Wiener Drechslerzeitung „Wahrheit“, welche aber auf Nachfrage erklärt, daß Adler noch nie ein Vertrauensmandat von ihr befehlen habe. Als Adler in die Enge getrieben wurde, drückte er sich nach Hinterlassung bedeutender Schulden. Für die angeworbenen Wiener Drechsler sollen ihm je fl. 18 eingehändigt sein, fl. 14 hat er aber nur Jedem gegeben. Auch Herrn Kaufmann hat er, wie wir hörten, ein Andenken hinterlassen. Herr A. dürfte nun von seinem Vertrauten, Adler, und dessen Manipulationen kurirt sein.

Prinzipal. Die Gleichgültigkeit, welche die hiesigen Mitglieder dem Verbands gegenüber beobachten, ist unverzeihlich. Der Versammlungsbesuch ist derart, daß die Verwaltung wirklich alle Lust verlieren kann. Im Zeitraum von fünf Monaten sind nie mehr als 6 Mitglieder von ja. 20 vorhanden. Natürlich haben die Fehlenden keine Zeit, weil sie täglich Ueberstunden machen, und zwar nicht auf Kommando, sondern aus freiem Antriebe. Das machen sie aber Alle so. Das Vertrauen ist gegeneinander so gering, daß sich Niemand vertraut, während der Frühstück- und Vesperpause auch nur einmal über Verbands- und Werkstattangelegenheiten zu sprechen. Ein Kollege befindet sich darunter, der dem Meister Alles hinterbringt, was gesagt wird, nur um „lieb Kind“ zu sein. Sein Name ist S. Bartels. Dieser arbeitet nicht nur Abends viel länger als seine übrigen Mitarbeiter, sondern auch Sonntags schuftet er. Während die übrigen Gesellen am Weihnachtsabend um 5 Uhr Feierabend machten, arbeitete er bis um 7 Uhr. Daß solch ein rücksichtsloser Mitarbeiter sich der Achtung seiner Kollegen nicht erfreuen kann, ist selbstverständlich. Bedauerlich ist, daß die Kurzsichtigkeit so weit geht, daß man nicht nur seine eigenen, sondern auch die Interessen seiner übrigen Kollegen in der Werkstatt und am Orte schädigt. Ebenso bedauerlich ist, daß durch die Insolidarität der Kollegen die vor zwei Jahren erkämpfte zehnstündige Arbeitszeit wieder vollends verschwunden ist. Wann wird endlich bei den hiesigen Kollegen Vernunft einziehen? Wir hoffen, daß in der nächsten Versammlung alle Mann am Platz sind, damit wir mal ernstlich über Das, was uns fehlt, berathen können.

*) Dieser Bericht ist uns erst am 8. Januar zugegangen. Da die darin angeführten Thatsachen mit denen an anderer Stelle in dieser Nummer angeführten in enger Verbindung stehen, glaubten wir, sie dennoch bekannt geben zu müssen, trotzdem die Versammlung, welche sich mit einem Theile derselben beschäftigte, zum zwei Monate zurück liegt. Die Red.

Konferenz des 7. Gauces.

Abgehalten am 30. Dezember in Dessau.

Anwesend waren 32 Delegirte, welche die Orte Magdeburg, Dessau, Halle a. d. S., Verburg, Köthen, Burg, Witterfeld, Delitzsch, Roswig, Dittersleben, Dicksdorf, Merseburg, Schönebeck, Köpplau, Wittenberg, Stendal, Gisleben, Zerbst und Calbe vertraten. Von der Gauverwaltung waren drei Vertreter entsandt. Vom Hauptvorstand war Kollege Kloss anwesend.

Der Gauvorsitzende, Kollege Wahle, gab den Situationsbericht. Aus demselben geht hervor, daß die Agitation nicht den gewünschten Erfolg zu verzeichnen hatte. Vor Allem sei der schlechte Versammlungsbesuch seitens der Mitglieder zu beklagen. Es ist schon vorgekommen, daß in einzelnen Orten, wo Versammlungen stattfinden sollten, noch nicht einmal die Verwaltungsmittelglieder anwesend waren. Dies sei sehr zu beklagen, und es müßte ganz entschieden anders werden, wenn man Indifferenten heranziehen will.

Der Kassenbericht vom ersten Halbjahr ergab Folgendes: Gesamteinnahme M. 948,25, Gesamtausgabe M. 847,50, Kassenbestand M. 100,75.

Lohnbewegungen wurden geführt in Schönebeck, Halle, Merseburg, Wittenberg, Dessau und Magdeburg. In Schönebeck ging der Streik verloren, in den anderen Orten wurden sie beendet mit zum Theil vollem, bezw. theilweisem Erfolg.

Im zweiten Halbjahr stellten sich die Kassenverhältnisse folgendermaßen: Einnahme M. 542,05, Ausgabe M. 521,10, bleibt Bestand M. 20,95.

Des Weiteren führt Kollege Wahle aus, daß die Schiffszimmerer in den Verband aufgenommen werden müßten. Kollege Kloss entgegnete, so lange für die einzelnen Berufe Spezialorganisationen beständen, müßten die betreffenden Arbeiter immer ihrer Organisation zugewiesen werden.

Von Magdeburg war ein Antrag eingegangen, Anstellung eines besoldeten Gauvorstehers. Kollege Peters-Magdeburg begründete den Antrag eingehend. Er führte unter Anderem aus, daß Magdeburg zu den Unkosten M. 800 beitragen wird; dieses erleichtere die Anstellung und der Gaugang möge doch einsehen, wie nothwendig die Anstellung eines Gauvorstehers ist. Kollege Schnabel-Halle spricht gegen den Antrag. Er führt aus, wenn der Gau nicht aus eigenen Mitteln einen Gauvorsteher anstellen kann, so möge der Gauvorstand davon Abstand nehmen. Sodann wurde mit 24 gegen 11 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die Konferenz des 7. Gauces erkennt die Anstellung eines besoldeten Gaubeamten als eine im Gesamtinteresse des Gauces liegende Nothwendigkeit an. Jedoch in Anbetracht der finanziellen Schwierigkeiten und des Umstandes, daß die absteigende Konjunktur nicht dazu angethan ist, eine derartige tief einschneidende Einrichtung zu schaffen, beschließt die Konferenz, diese Frage bis zu einem günstigeren Zeitpunkt zu vertagen.“

Ein Antrag Schnabel's: „Die statistischen Fragebogen von den Zahlstellen nur noch halbjährlich einzufordern“, fand Annahme.

Kollege Drechsler stellt den Antrag: „Der Beitrag von 6 pZt pro Mitglied und Quartal für die Gaufasse soll beibehalten werden, jedoch soll diejenige Zahlstelle, in der ein Streik ausbrach, ein Vierteljahr von der Leistung des Beitrages entbunden sein.“ Der Antrag fand Annahme.

Ein Antrag, das Sektionswesen mehr zu pflegen, wird abgelehnt.

Eine lebhafte Debatte rief der Antrag der Zahlstelle Köthen hervor, der sich gegen die verschiedenartigen Streikunterstützungen, gegen die hohen Diäten der Verbandsstagsdelegirten und gegen die Gehaltserhöhung der Verbandsbeamten wendete. Kloss sprach gegen den Antrag, worauf derselbe einstimmig abgelehnt wurde.

Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Gaugang soll dem Gauvorstand überlassen bleiben. Eherling stellt den Antrag, daß der Kassenbericht und Situationsbericht des Gauces dem nächsten Gaugang vervielfältigt vorgelegt wird.

Zum Schluß hielt Kollege Kloss noch eine warme Ansprache und forderte die Delegirten auf zur fleißigen Agitation, zur fleißigen Anwerbung neuer Kämpfer. Schluß der Konferenz um 6 Uhr.

Konferenz des 10. Gauces,

abgehalten am 6. Januar 1901 in Glangau.

Anwesend sind Delegirte aus folgenden Zahlstellen: Auerbach i. B., Chemnitz (Hauptort), Grimmitzschau, Glangau, Johanngeorgenstadt, Meerane, Deberan, Delitzsch i. B., Obernhausen, Penig, Plauen i. B., Riechenbach i. B., Schönheide i. G., Treuen, Reichenau, Weidau, Wilkau und Zwickau.

Am 1. Oktober 1900 waren in 21 Zahlstellen 1356 Mitglieder vorhanden. Der Gauvorsitzende, Gerner-Chemnitz, wies in seinem Geschäftsbericht darauf hin, daß derselbe in diesem Jahre erheblich ungünstiger sei, als der des Vorjahres. Weinahe in allen Orten des Gauces sind Differenzen mit dem Unternehmertum zu verzeichnen, das, gestützt auf die ungünstige Konjunktur, es verneht, die Erfolge, die die Organisation in den letzten Jahren erzielte, nun wieder illusorisch zu machen.

Bei der Agitation habe der Verband außer den Maßregelungsgelüften des Unternehmertums mit der Saalabtreiberrei zu kämpfen, die besonders in Schönheide, Obernhausen, Wilkau, Reichenau etc. mit wahrer Virtuosität betrieben werde. An all den Differenzen und Umständen im letzten Jahre seien ausnahmslos die Unternehmer die Schuldigen gewesen. Wenn auch die Kollegen in allen Fällen im Rechte waren, so seien sie aber nicht immer gerade geschickt in ihrem Verhalten gewesen und hätten sich leider in dem einen und anderen Falle von den Unternehmern dupiren lassen. Von recht beachtlichem Umfange war der Streik in Johanngeorgenstadt, die Differenzen bei der Firma Rohlant & Rohlant in Grimmitzschau, die Verhältnisse mit ihren Arbeitern in Anfrichen leht, dann die Eppendorfer und die Auerbacher Angelegenheit. In Adorf versuchte ein Herr Fabrikant Dörfel die Zahlstelle zu nichte zu machen, was ihm auch gelang.

Ein ähnlicher Angriff wurde in Wilkau abgelehnt. Der lebhafteste Verkehr zwischen Gauvorstand und Zahlstellen ist daraus ersichtlich, daß insgesamt 243 briefliche Einwendungen eingegangen und 245 Sendungen ausgefertigt wurden. Der Gauvorstand hat, was in seinen Kräften stand; leider können auch dessen Mitglieder nicht zu jeder Stunde, wie so oft nothwendig ist, zur Verfügung stehen. Der Kassenbericht der Gaufasse weist eine Einnahme von M. 743,39 auf, der eine Ausgabe von M. 684,84 gegenüber steht.

In der sehr lebhaften Debatte, an der sich bemaße alle Delegirte beteiligten, wurden drastische Fälle erzählt, in welf-

rigoroser Weise oft vom Unternehmertum vorgegangen wird und welche Gemüthe der Agitation bereitet werden. Recht lebhaft wurde darüber getraut, daß anscheinend der Hauptvorstand bei Lohnkämpfen, indem es Angriffs- oder Abwehrkämpfe sein, mehr die großen Städte und Zahlstellen bevorzuge und die kleineren Orte zurücksetze. Das schade der Agitation in den kleineren Orten außerordentlich. Besonders die beiden Delegirten aus Plauen beschwerten sich hierüber recht bitter. Der Verband müsse nun einmal hauptsächlich die Lohnbewegungen in den Provinzialstädten unterstützen, damit der Abstand gegen die Großstadt nicht allzu erheblich werde. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Kollegen in jenen Zahlstellen, wo sie manchmal kaum ein halbes Jahr organisiert sind, glauben, jetzt müßten sofort alle Wünsche und Forderungen erfüllt werden. Außerdem müßten auch die Kollegen immer im Auge behalten, welche Ziele die Unternehmer bei der Provokation von Differenzen beabsichtigen. Man müsse eben auch manchmal etwas einstecken, wenn die Zeit zum Kampfe ungünstig sei. Nicht ausschließlich sprach sich in diesem Sinne der anwesende Vertreter des Hauptvorstandes, Kollege Schneegass, aus, der auch gleichzeitig den Vorwurf zurückwies, daß die kleineren Orte weniger berücksichtigt würden. Der Vorstand könne nicht mehr Kämpfe bewilligen, als die Kasse vertrage. Und thatsächlich habe der Verband viele und große Kämpfe durchgefochten. Auch müsse man sich immer bei einem Streik anfragen: wie lange und wie gut sind die Theilnehmenden organisiert? Das müsse ein beachtliches Moment bleiben.

Die Johanngeorgenstädter Delegirten stellen in Aussicht, daß dort in nicht allzuferner Zeit wieder Differenzen ausbrechen werden. Auch die Delegirten anderer Orte stellen Mehrliches in Aussicht, so daß es also im laufenden Jahre im Gau wahrscheinlich manchmal sehr lebhaft zugehen wird.

Eine ebenso lebhafte Debatte gab die projektirte Anstellung eines besoldeten Gauvorstehers. Der Gauvorstand und die Zahlstelle Chemnitz hatten einen diesbezüglichen Antrag beim Hauptvorstand gestellt.

Die Zahlstelle Chemnitz wollte die laufenden und einmaligen Ausgaben decken; der Verband sollte das Gehalt tragen. Der Antrag wurde jedoch vom Hauptvorstand abgelehnt, der sich auf die Nürnberger Resolution stützte, die besagt, daß die Gaue einen entsprechenden Beitrag dazu stellen müssen. Das Chemnitzer Angebot war dem Hauptvorstand zu gering und er verwies den Gau auf das Mittel einer Extrasteuer. Dieser Bescheid des Hauptvorstandes wurde einer scharfen Kritik unterzogen, und von der Mehrzahl der Delegirten ausgedrückt, daß die Erhebung einer Extrasteuer derzeit garnicht durchführbar sei. Die Nothwendigkeit eines besoldeten Gauvorstehers wurde beinahe durchgängig anerkannt. Von der Mehrheit der Redner wurde betont, daß der Hauptvorstand sehr wohl auf den Chemnitzer Vorschlag eingehen und das auch vor der Generalversammlung verantworten könnte. Schneegass-Stuttgart versuchte die Stellungnahme des Hauptvorstandes zu rechtfertigen und erklärte, daß dieser sich streng an die Nürnberger Resolution gehalten habe und halten müsse. Im Uebrigen glaube er, daß, wenn die Delegirten in ihren Orten energisch für eine Extrasteuer eintraten, dieselbe auch genehmigt würde.

Demgegenüber wurde betont, daß doch der Hauptvorstand das Recht befolgen solle. Er habe es leichter, die Bemüßigung des Gehaltes eines oder mehrerer Gauvorsteher vor der Generalversammlung zu vertreten, als die Delegirten vor ihren Mitgliedern. Nach langer und lebhafter Debatte wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß die Zahlstellen einmal erwägen sollen, ob es nicht möglich sei, 8 pZt. aus der Lokalkasse zu dem gebachten Zwecke an die Gaufasse abzuführen, um auf diese Weise schließlich den Hauptvorstand zur Nachgiebigkeit zu bewegen.

Damit hatte die Konferenz nach achtstündiger Dauer ihr Ende erreicht und Gerner-Chemnitz schloß dieselbe mit dem Wunsch, daß auch in Zukunft die Kollegen zu jeder Stunde ihre Pflicht thun möchten. G. Sch.

Konferenz des 17. Gauces,

abgehalten am 30. Dezember 1900 in Galtedt.

Die Konferenz begann um 10½ Uhr. Kollege Treif begrüßte die Delegirten im Namen der Zahlstelle Galtedt, der Gauvorsteher Rich. Schmidt im Namen des Gauvorstandes, und sprach die Hoffnung aus, daß die Arbeiten der Konferenz für die weitere Entwicklung des Verbandes im Gau 17 förderlich sein möchten, und erklärte die Konferenz für eröffnet. Die vom Gauvorstand vorgelegene Tagesordnung wurde angenommen. Vertreter waren 15 Zahlstellen durch 22 Delegirte und drei Mitglieder des Gauvorstandes. Ein Mitglied des Ausschusses war als Gast anwesend.

Da Kollege Schweiba, welcher die ersten zehn Monate im verfloffenen Jahre den Posten des Gauvorstehers bekleidet hat, noch nicht anwesend war, wurde zunächst der Kassenbericht entgegengenommen. Alsdann erfolgten die Berichte der Delegirten. Nach denselben sind die Verhältnisse im Gau nicht gerade die rosigsten. Betont wurde, daß eine energische Thätigkeit in Bezug auf Organisation und Agitation entfalteter werden müsse. Die Delegirten aus den Orten, wo Schiffbau betrieben wird, beklagten sich über die Zerstückelung der Organisation, welche durch Gründung des Werftarbeiterverbandes entstanden ist. Viel mit Lehrlingen wird in den Orten Delmenhorst, Brake und Oldenburg gearbeitet. In Brake werden 3. B. neben 16 Gesellen 23 Lehrlinge beschäftigt und in Oldenburg neben 120-130 Gesellen 86 Lehrlinge. Durchschnittlich beträgt die Arbeitszeit in den verschiedenen Branchen innerhalb des Gauces 10 Stunden. Nur etwas niedriger ist die Arbeitszeit der Tischler in Wilhelmshaven (9½ Std.) und in Bremen (9 Std.).

In der Nachmittags Sitzung gab Kollege Schweiba den Bericht der Gauverwaltung. Er führte aus, daß die Thätigkeit der Gauverwaltung im verfloffenen Berichtsjahre durch den Ausbruch der Kriemacher in Bremen und verschiedene andere Umstände sehr stark beeinträchtigt worden sei. Diesem Umstand sei es zuzuschreiben, daß verschiedene Beschlüsse der vorjährigen Konferenz nicht ausgeführt worden wären. So die Anfertigung eines Situationsberichtes für den Gau 17 (für 1899), ferner die gemeinschaftliche Regelung der Agitation in kleinen Orten (mit den Metallarbeitern und Maurern). Zwei Zahlstellen hätten Beschwerden geführt, Verben wegen Nichtzulassung eines Festredners und Wilhelmshaven beim Hauptvorstand wegen Nichtzulassung eines Referenten.

Auch der schriftliche Verkehr sei in diesem Jahre viel geringer gewesen als im vergangenem. Während 1899 in den ersten drei Quartalen 560 Postsendungen und 6 Telegramme abgegangen wären, seien es in diesem Jahre nur 184 Postsendungen und

Telegramme. Zwecks Abhaltung von Versammlungen, Kassenrevisionen und Erledigung von Differenzen mit den Arbeitgebern sind insgesamt 45 Touren unternommen worden.

In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern scharfe Kritik an der Tätigkeit des Kollegen Schweida geübt und die Gründe, die er anfang für die Nichtausführung der verschiedenen Beschlüsse, nicht für sich haltig befanden.

Sodann erhält zum sechsten Punkt der Tagesordnung: „Unere Lohnkämpfe und der wirtschaftliche Niedergang“, Kollege H. Schmidt das Wort. Redner wies auf das zwar langsam, aber stetige Sinken des Arbeitsmarktes hin.

Unter Punkt 7, „Erledigung von Anträgen aus den Zahlstellen“, wurde der Antrag Bremerhaven, die Bezirkskommissionen aufzulösen, nach kurzer Debatte angenommen.

Nachdem noch beschlossen, die nächste Konferenz über ein Jahr zwischen Weihnachten und Neujahr in Oldenburg abzuhalten, eruchte der Gauvorsteher die Delegierten nochmals, dafür Sorge zu tragen, daß der schriftliche Verkehr besser als bisher gepflegt werde und schloß sodann die Konferenz um 6 1/2 Uhr.

Konferenz des 18. Gaues, abgehalten am 6. Januar in Bielefeld.

Bereiten waren 12 Zahlstellen durch 20 Delegierte. Außerdem waren 2 Einzelmitglieder auf besondere Einladung zugegen. Dem Bericht des Gauvorstandes ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre 30 Versammlungen abgehalten wurden.

Aus den Berichten der einzelnen Delegierten mögen folgende Einzelheiten hervorgehoben werden. In Bielefeld ist der Geschäftsgang sehr langsam; von der 59-jährigen berechneten Arbeitszeit ist fast nichts mehr übrig.

Die Polizei wachte eben nicht zu sehr über die Beschlüsse der Zahlstellen, sondern ließ sie in dem Umfang, wie geschähen, haben vorgenommen werden können, wenn die organisierten Kollegen mit gelerntem und ungelertem Arbeiter zu ihm geholt hätten.

Über die Zweckmäßigkeit von Tarifgemeinschaften bezw. Tarifämtern referierte Kollege Wacker aus Herford. Er sei Anhänger solcher Tarifgemeinschaften, wie sie im Ruhrbezirk

verband bestehen, nur möchte er solche auf kürzere Fristen haben. Ferner müsse solche Einrichtung obligatorisch sein und durch Gesetz geregelt werden.

Der Vortrag über den gesetzlichen Arbeitsvertrag mußte wegen Erkrankung des dazu bestimmten Referenten, Kollegen Elomke, ausfallen. Es wurde beschlossen, daß mit diesem Punkt und der Tarifgemeinschaft der nächste Gauauftrag sich eingehender befassen solle.

Beschlossen wurde weiter, daß Agitationstouren nicht unternommen werden sollen, vielmehr soll es in das Belieben der einzelnen Zahlstellen gestellt sein, Versammlungen einzuberufen und sich einen die örtlichen Verhältnisse kennenden Referenten zu wählen.

Gaukonferenz des 24. Gaues.

Die am 30. Dezember in M a n n h e i m, Restaurant „Volksstimme“, tagende Gaukonferenz war von 37 Delegierten aus 26 Zahlstellen des Gaues besetzt.

Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Wie stellen sich die Zahlstellen zur Anstellung eines besoldeten Gauvorstandes? 3. Vortrag: „Die wirtschaftliche Krise und die Aufgaben der Gewerkschaften während derselben“.

Die Bureaualwahl ergab: Zu Vorsitzenden wurden Seifert und Tappert, zu Schriftführern Weise und Greschel gewählt. Aus dem Bericht des Gauvorstehers für die Zeit vom 1. Juli 1899 bis Ende Dezember 1900 war ersichtlich, daß die Tätigkeit des Gauvorstandes eine recht rege war.

Auch führte er darüber Klage, daß manchen Zahlstellen oft ein Referent aufgedrängt werden mußte und ermahnte die Leiter der Zahlstellen zu einheitlichem Arbeiten, um die Mitgliederversammlungen den Kollegen so interessant wie möglich zu gestalten.

Nachdem Kollege Seifert noch bessere Beachtung der Statuten, hauptsächlich des Streikreglements, empfohlen hatte, sprach er sein Bedauern darüber aus, daß in Kaiserlautern, Pforzheim und Karlsruhe Streitarbeit gemacht worden sei für München.

Von der Zahlstelle Alzey war folgender Antrag eingebracht: Der Gauvorstand hat dahin zu wirken, daß Orte mit langer Arbeitszeit, schlechten Löhnen und sonstigen Mißständen in eine Lohnbewegung einreten sollen, um bessere Verhältnisse zu erzielen.

Der Gauvorstand hat dahin zu wirken, daß Orte mit langer Arbeitszeit, schlechten Löhnen und sonstigen Mißständen in eine Lohnbewegung einreten sollen, um bessere Verhältnisse zu erzielen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: Bestand vom 1. Quartal 1899 (M. 148,17), Beiträge aus der Hauptkasse (1640,90), Freiwillige Beiträge der Zahlstellen (203,09), Sonstige Einnahmen (5,80), Ausgabe (Diäten und Fahrgebelter für Referenten, 1088,20), Bilanz (Einnahme 1997,96, Ausgabe 1847,75, bleibt Bestand 150,21).

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: Diäten und Fahrgebelter für Referenten (1088,20), Druckfachen und Inzerate (278,50), Porto und Schreibmaterial (147,55), Persönliche Verwaltungskosten (90,40), Sonstige Ausgaben (150,-), Summa (1847,75).

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: Einnahme (1997,96), Ausgabe (1847,75), bleibt Bestand (150,21).

Kollege Kern-Frankenthal glaubt, man könnte an dem Posen Agitation etwas mehr sparen; hierin wird ihm jedoch von Bartholomäus widersprochen, welcher sagt, daß dafür garnicht genug Geld ausgegeben wird.

vorstandes mit verschulden. Gauvorsteher Seifert unterläßt durch seine Ausführungen den Kollegen Müller und führt an, daß die Anstellung eines besoldeten Beamten auch finanziell möglich sei.

Der Gauvorstand hatte folgenden Antrag gestellt: Jede Zahlstelle im Gau hat, um die Anstellung eines besoldeten Gauvorstehers zu ermöglichen, 10 pZt. ihrer Einnahmen aus dem 30 pZt.-Anteil pro Quartal an die Gaukasse abzuliefern.

Obwohl der Antrag in den Kollegen Winkler-Worms, Seifert und Müller-Mannheim gute Verteidiger fand, wurde er ebenso heftig von den Kollegen Seifert-Kaiserlautern und Tappert-Karlsruhe bekämpft.

Hierauf erstatteten die Revisoren Bericht über die Abrechnung. Auf Antrag derselben wurde dem Kassirer Decharge erteilt und ihm für seine Tätigkeit M. 25 bewilligt.

Ueber den dritten Punkt sprach Kollege Landtagsabgeordneter Geis, der das Referat übernommen hatte. Er führte ungefähr Folgendes aus: „Die eingetretene Krise sei eine naturnotwendige Erscheinung der heutigen kapitalistischen Produktionsweise.“

Lebhafter Beifall bekundete dem Redner, daß seine Ausführungen im Sinne der Anwesenden waren. Zum letzten Punkt beantragte die Zahlstelle St. Trarbach: „Die Gaukonferenz alle zwei Jahre, jedoch vor dem Verbandstage, stattfinden zu lassen.“

Damit waren die Verhandlungen zu Ende. Der Gauvorstand richtete noch kurze ermahnende Worte an die Delegierten, in der Agitation nicht zu erlahmen und im Sinne der gefassten Beschlüsse und des Referats weiter zu arbeiten.

Damit waren die Verhandlungen zu Ende. Der Gauvorstand richtete noch kurze ermahnende Worte an die Delegierten, in der Agitation nicht zu erlahmen und im Sinne der gefassten Beschlüsse und des Referats weiter zu arbeiten.

Eingekandt.

Erklärung.

Auf den Artikel „Streikbrechers Leid und Freud“ in Nr. 2 der „Holzarbeiter-Zeitung“ habe ich Folgendes zu erwidern: Ich habe mich deshalb auf dem Arbeitsnachweis in Leipzig nicht sehen lassen können, weil ich überhaupt nicht in Leipzig war.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie. Firma Rohland & Pohlend in Grimmitzschau. Wie schon kurz berichtet, sind am 7. d. M. sämtliche elf Drechsler obiger Firma in den Ausstand getreten.

Die Herren Firmeninhaber glauben jedenfalls, wenn die „Rädelführer“ heraus sind, wird wieder Ruhe sein über allen Gewässern, aber die Kollegen dachten anders. Auf ein in dem Beschlusse ging Montag früh Niemand zur Arbeit, sondern man wollte den letzten Einigungsversuch erst noch abwarten.

Die Herren Firmeninhaber glauben jedenfalls, wenn die „Rädelführer“ heraus sind, wird wieder Ruhe sein über allen Gewässern, aber die Kollegen dachten anders. Auf ein in dem Beschlusse ging Montag früh Niemand zur Arbeit, sondern man wollte den letzten Einigungsversuch erst noch abwarten.

Soll es 16 S geben; nehmen wir zwei Drittel für Drehen und ein Drittel für Polieren und Lackieren, dann kämen auf's Drehen 11 S, macht pro Stunde zirka 8 S. Unter diesen Umständen braucht die Firma nächsten Sonnabend nicht ganz so viel Lohn auszubahlen wie gewöhnlich. Nun, hoffentlich haben die Herren Arbeitswilligen keinen Afford bei dem neuen Verur, sonst wären sie jedenfalls gezwungen, zum nächsten Zahltag den Möbelwagen zu bestellen, behufs Fortschaffung des Lohnes.

Bemerkte sei noch: Bei den Einigungsverhandlungen gebrauchte Herr Pohland Worte, wie: „Großschmauze, Großklappe, haben erst in meine Bude rein gerochen und hegen mir die Leute auf, gehen Sie nach Werbau, wenn Sie die große Schmauze haben wollen.“ — Wahrlich, ein sehr gebildeter Herr, dieser Herr Pohland. Am Montag Nachmittag beim Ausständigen der Papiere erbat sich Herr Pohland telephonisch noch zwei Schutzleute von der Polizeiwache. Außerdem waren bereits Montag Nachmittag zwei Kollegen der Polizei namhaft gemacht worden, am Montag früh drei fremde Drechsler von der Arbeit abgehalten zu haben; die betreffenden Kollegen lagen aber zu der Zeit noch im Bette, als dies geschähen sein sollte! Wer mag wohl in diesem Falle die unwahren Angaben veranlaßt haben? Man sieht eben auch hier wieder, wo nur irgend die Unternehmer in Schwulstigkeiten gerathen — gleich kommt ihnen die Polizei hülfbringend entgegen. Es ist immer das alte Lied: Unternehmer und Polizei! Der Kampf ist heftig entbrannt, und wenn die Drechsler zusammenhalten, werden auch der Firma schon bald die Augen aufgehen. Die arbeiterfreundliche Presse wird um weiteste Verbreitung dieser Thatsachen gebeten.

Beim Tischlermeister Heintz Paul in Großschönau wurden die Gesellen wegen schlechter Behandlung seitens des Werkführers vorstellig. Anstatt Abhilfe zu schaffen, hat er Maßregelungen vorgenommen. Bericht folgt. Zugang fern halten.

In der Kunsttischlerei des Herrn Josef Zwiener in Breslau sind Differenzen ausgebrochen. Zwiener hat durch Anschlag bekannt gemacht, daß bei ihm wieder 10 Stunden, anstatt 9 1/2, gearbeitet werde. Nach resultatloser Vergleichsverhandlung legten elf Kollegen die Arbeit nieder, nein arbeiteten weiter. Die Namen derselben geben wir in nächster Nummer bekannt. Zugang ist streng fern zu halten. Auch die österreichischen Zeitungen mögen hierbon Notiz nehmen.

In der Spiegel- und Leistenfabrik von Otto Hoffmann & Co. in Burg bei Magdeburg sind wegen angeknüpfter Lohnabzüge Differenzen ausgebrochen. Um Fernhaltung des Zuguges wird gebeten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Noch einmal die Elsfässische Vorndrechslererei in Ringersheim bei Mülhausen im Elsaß. Wir hatten der Zahlstelle in Mülhausen im Briefkasten Nr. 46 der „Holzarb.-Ztg.“ vom vorigen Jahre mitgeteilt, daß wir ihre Entgegnung auf eine Nichtigstellung des Direktors obiger Fabrik noch zurückstellen würden und später, wenn sie deren Veröffentlichung dann auch für nötig hielt, insgesammt darauf zurück kommen. Damit war die Verwaltung anscheinend zufrieden, da der Konflikt inzwischen beigelegt war, denn von der Zeit her (18. November) bis zum 8. Januar hat sich Niemand etwas merken lassen. Am letzteren Tage erhalten wir nun unter der Androhung einer Weiszerbe bei der Preßkommission ein sechs Faden langes Schreiben, aus welchem auszugsweise von uns eine Entgegnung zusammengeschrieben werden soll.

Aus dem letzten und zwei anderen Briefen geht hervor, daß der Direktor Kaufmann mit seinen Arbeitern ein falsches Spiel getrieben hat. Bei ihm bestanden Differenzen, und er war daher bemüht, Drechsler aus Wien zu bekommen. Durch die Warnung in Nr. 42 der „Holzarb.-Ztg.“ (welche in der „Wahrheit“, dem österreichischen Drechslerorgan, abgedruckt war) aufmerksam gemacht, weigerte sich der Verwalter des Wiener Arbeitsnachweises, dem „Gesandten“ des Herrn Kaufmann die gewünschten 25 Mann zur Verfügung zu stellen. Auf anderem Wege bekam A. B. L. (so hieß der Arbeitswilligenanwerber) aber drei Mann mit. Der Verwalter wollte nur dann Drechsler vermitteln, wenn die Zahlstelle dazu die Genehmigung gab. (Es handelte sich um 18 Mann.) Diese gab eine solche nicht. Herr Kaufmann sandte dann die Berichtigung, welche in Nr. 44 der „Holzarb.-Zeitung“ steht und in der gesagt ist, „daß heute 25 Wiener Arbeiter bei ihm eingetreten seien“.

Inzwischen, d. h. am 29. Oktober, hat dann eine Werkstatteversammlung stattgefunden, in welcher Herr Kaufmann versprach, die Wünsche seiner Arbeiter, soweit irgend möglich, zu erfüllen. Er wolle in Zukunft nur gelernte Arbeiter einstellen und dieselben vom Holzarbeiterverband und vom Verbands-Arbeitsnachweis in Wien beziehen; er wolle weiter die bestehenden Lohnunterschiede regeln, technischen Uebelständen im Geschäft abhelfen, dem Werkstatteaffirer freie Hand lassen, bei schwebenden Differenzen die Zahlstellenverwaltung als Vermittler anrufen und stets in enger Fühlung mit derselben bleiben.

Nach dieser Erklärung ist dann seitens der Versammlung die Genehmigung gegeben worden, daß die in Wien angeworbenen 21 Drechsler nach Ringersheim abreißen konnten. Dies wird uns in einem vom 31. Oktober datierten Briefe der Zahlstellenverwaltung mitgeteilt. Der Brief war am 2. November in unseren Händen, also zu einer Zeit, wo die Nummer 44 der „Holzarbeiter-Ztg.“, in der die Entgegnung Kaufmann's stand, schon verfaßt war. Da in diesem Briefe weiter stand, daß die Sperre aufgehoben und daß man mit dem Erfolge zufrieden sein könne, so hielten wir es für besser, die uns die Woche darauf zugegangene Entgegnung der Zahlstelle noch zurück zu stellen, um nicht erneut einen Konflikt heraus zu beschwören. Man beachte nun Gines, was uns damals garnicht avffiel: Herr Direktor Kaufmann lag es garnicht daran, mit den Arbeitern, wie versprochen, Frieden zu schließen, sondern nur daran, unter irgend einem Vorwande von ihnen eine Zustimmung zu erschleichen, damit er die 21 angeworbenen Drechsler kommen lassen konnte.

Die Erklärung in der Entgegnung in Nr. 44, „daß heute 25 Wiener Arbeiter bei uns wieder eingetreten sind“, war eine un wahre Behauptung; Herr Direktor Kaufmann hat uns offenbar belogen. Der Brief mit dieser Erklärung ist vom 25. Oktober datirt und befand sich schon vor dem 29. Oktober in unseren Händen, also vor jenem Abend, an dem ihm erst von der Werkstatteversammlung die Genehmigung zur Herbeiführung der 21 (nicht 25)

Drechsler gegeben wurde. Daß, Herr Kaufmann, nennt man die Arbeiter aus dem Hinterhalt nach Strauchritterart überfallen. Durch eine Erklärung in der Zeitung bezichtigten Sie die Arbeiter der Lüge und im gleichen Athemzuge lügen Sie selbst. Sie erschleichen sich unser Vertrauen auf unredmähige Art und zwingen uns auf Grund des Preßgesetzes, eine un wahre Thatsache zu veröffentlichen.

Eine hinterlistige Mache. Wenn die Arbeiter gewußt hätten von jener Erklärung in Nr. 44, die Herr Kaufmann inzwischen abgesandt hatte, würden sie die oben erwähnte Zustimmung nicht gegeben haben. Hinter dem Rücken der Arbeiter hatte Herr Kaufmann den traurigen Muth, die Arbeiter aller möglichen Untugenden zu bezichtigen, und vier Tage darauf, wo er vor ihnen steht mit seinem ganzen falschen Herzen, da verspricht er ihnen das Blaue vom Himmel herunter.

Lüge, Falschheit, Heuchelei! Wer diese „Drei“ zu Freunden hat, dem kann man nie offen und ehrlich vertrauen.

So, nun verklagen Sie uns, Herr Kaufmann. Der Brief vom 11. November v. J., welcher sich noch wohlverwahrt in unseren Händen befindet, kann Ihnen dann noch sehr unangenehm werden.

Auch ein Weihnachtsgeschenk. Ein Mitglied des Holzarbeiterverbandes erhielt von seinem Meister B. A. M. ein Geschenk, nämlich ein katholisches Gebets- oder Gesangbuch. Als der Geselle sich weigerte, dies Geschenk anzunehmen, wurde ihm sofort gekündigt mit der Bemerkung: „Die Ablehnung des Buches sei eine schwere Beleidigung.“

Bele's Treppenwerk oder Siedel's Bau- und Möbeltischler würde für den nach gewerblicher Ausbildung strebenden jungen Gesellen zweckdienlicher gewesen sein. Wenn der Pfarrer ein Gebetbuch versenkt hätte an den in seiner Gemeinde lebenden Tischlergesellen, hätte man das verstehen können, aber ein Tischlermeister hat doch nichts mit der Seelsorge, sondern nur mit seinem Verufe und was damit zusammenhängt zu thun. Etwas mehr Lohn, aber keine Gebetsbücher, Meister Amend, und Sie treffen in jedem Falle das Richtige!

Gewerkschaftliches.

Die Landes-Bauarbeiter-Schutzkommission für Bayern beruft für den Diersonntag nach Nürnberg (Restaurant Martin Deheim) eine Landesversammlung der lokalen Bauarbeiter-Schutzkommissionen ein. Sie hat auf die provisorische Tagesordnung die folgenden Punkte gesetzt:

1. Bericht der Landes-Bauarbeiter-Schutzkommission;
2. Berichte der lokalen Bauarbeiter-Schutzkommission;
3. Der Bauarbeiterchutz mit besonderer Rücksicht auf die Reform in Bayern;
4. Agitation und Organisation für den Bauarbeiterschutz in Bayern.

Alle den Bauarbeiterschutz in Bayern und die Konferenz betreffenden Angaben sind zu richten an Johann Merkel, Dlianderstr. 11, Nürnberg.

Das Gewerkschaftskartell in Dresden hat am 2. Januar eine Besess- und Wärmestube für Arbeitslose eröffnet. Obwohl das Bestehen dieser Einrichtung nur durch eine Notiz der Tageszeitungen angekündigt worden ist, betrug in den ersten Tagen die Zahl der Besucher pro Tag schon 6—800.

Das internationale Buchdrucker-Sekretariat in Bern umfaßt jetzt von Europa ziemlich alle bestehenden Buchdrucker-Organisationen. In runden Zahlen gehören dem Sekretariat folgende Mitgliederbestände an: in Deutschland 25 000, Oesterreich 8500, Italien 4000, Ungarn 3000, Belgien und Schweden je 2000, Niederlande 1800, deutsche Schweiz 1500, Norwegen 1000, Finnland 800, Elsaß-Lothringen 700, französische Schweiz 600, Rumänien 300, Bulgarien 190, Kroatien 180, Preßburg 100, italienische Schweiz 80, Luxemburg 50 und die Vereine in Serbien und zu Fiume je 40 Mitglieder.

Streik der Spitzenweber in Calais. Seit mehr als acht Wochen befinden sich die Spitzenweber von Calais in einem erbitterten Kampf um den Achtstundentag. Auf Veranlassung des französischen Ministers des Innern wurde zwischen den Fabrikanten und der Organisation der Tüllweber auf die Dauer von drei Monaten eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Arbeiter den Achtstundentag erhielten. Nach Ablauf dieser Frist wollten die Fabrikanten die Arbeitszeit wieder verlängern, worauf nach angeblicher Intervention der Organisation der Tüllweber vor mehr als acht Wochen 2400 Weber die Arbeit einstellten.

Die Unternehmer beantworteten zwei Wochen später die ArbeitsEinstellung mit einer Aussperrung, an welcher 14 000 Personen theilhaft sind. Infolge der Unterstützung, die den Streikenden bisher aus Frankreich und England wurde, war es den Streikenden möglich, den Kampf bisher zu führen. Die Noth unter den Arbeitern wird aber immer größer und sie wenden sich deshalb in einem Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft, um diese zu einer Unterstützung in diesem schweren Kampf zu veranlassen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg (Adresse: A. Köpke, Hamburg-Eimsbüttel, Wisnarsstraße 10), hat für die Unterstützung der Streikenden in Deutschland eine Sammelstelle eröffnet. Die Gewerkschaften, welche den hart bedrängten Spitzenwebern Unterstützung zukommen lassen wollen, werden ersucht, ihre Gelder an die obige Adresse abzuführen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat bereits vor 14 Tagen den Streikenden M. 1000 bewilligt.

Polizeiliches und Gerichtliches.

„Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe.“ An diesen von dem preussischen Justizminister als Grundsatz für die preussische Rechtspflege reklamierten griechischen Spruch erinnert lebhaft eine Gerichtsverhandlung, die sich in voriger Woche vor dem Berliner Landgericht abspielte. Wegen Verleumdung hatten sich der Töpfer Hugo David und der Buchdrucker Eugen Ernst zu verantworten, weil sie antäglich einer Sperre über die Firma G. Schöffel ein Flugblatt verfaßt bezw. gedr. hatten, in dem den beiden Inhabern dieser Firma Brutalität vorgeworfen wurde. Einer der als Zeugen vernommenen Beleidigten erklärte, daß von Brutalität bei ihm keine Rede sein könne. Er führe nur ein strenges Regiment. Quertreibern dulde er nicht,

und wenn sich mal ein Agitator in seine Werkstatt einschleichen sollte und er fasse ihn, dann würde er ihn wohl zu Boden schlagen. Als dem Zeugen vorgehalten wird, er solle in einem Falle zu einem Arbeiter gesagt haben: „Halten Sie das Maul!“, meint der Staatsanwalt: „Nun, das wird doch von einem Töpfer nicht so schlimm aufgefaßt. Die Töpfer sind doch keine besonders zartfühlenden Leute.“ Ein Zeuge bekundet: Als er vom Meister Stein, einem der Beleidigten, für die Zeit, die er wegen Mangels an Arbeitsmaterial verbannt habe, tarifmäßig die Bezahlung verlangte, habe Stein die Bezahlung verweigert und gesagt: „Sie können ein paar in die Presse kriegen!“ Zeuge wußte bei weitem einer geringeren Lohnunterschied Streit mit dem Meister Stein gehabt und hat seinen Lohn genommen mit der Bemerkung, er behalte sich seine weiteren Rechte vor. Da habe Stein gesagt: „Bachpfeifen können Sie kriegen.“ Machen Sie, daß Sie rauskommen, alter Quatschkopff!“ Hierzu bemerkt der Staatsanwalt: „Der Ausdruck Quatschkopff ist doch nicht brutal.“ Legen Sie immer jedes Wort auf die Goldwaage? Der Meister spricht mit Ihnen, wie es in Ihren Kreisen üblich ist.“

Der Angeklagte David meinte, nachdem der Staatsanwalt gegen ihn als gewerblich mäßigem Heber drei Monate Gefängniß beantragt hatte, es sei sonderbar, daß der Staatsanwalt die wirklich recht starken Ausdrücke, die die Meister gegen Arbeiter gebraucht haben, als garnicht so schlimm, garnicht verlegend ansehe, während ähnliche Ausdrücke, wenn sie von Arbeitern gegen Arbeitswillige gebraucht würden, von Staatsanwälten und Richtern stets als Ohrberührung, Drohung und dergleichen angesehen und bestraft worden seien.

Der Gerichtshof aber entschied, der Wahrheitsbeweis sei nicht gelungen. Wenn die Geschäftsinhaber auch ein strenges Regiment geführt und in einzelnen Fällen scharfe Worte gegen Arbeiter gebraucht haben, so könne doch von Brutalität keine Rede sein. David wurde als „gemeingefährlicher Heber“ zu M. 300 Geldstrafe verurtheilt, Ernst freigesprochen. Von Rechts wegen!

Freizeiten.

* Wegen Mannmangels mußten die Gauverbände aus Berlin und Jüenstburg, sowie mehrere Korrespondenzen zurückbleiben.

Lauterberg, P. § 63 des Krankenversicherungsgegesetzes bestimmt ausdrücklich: „Versicherungspflichtige Personen, welche in dem Betriebe, für welchen eine Betriebs- (Fabrik-) Krankenkasse errichtet ist, beschäftigt werden, gehören, vorbehaltlich der Bestimmungen des § 75, mit dem Tage des Eintritts in die Beschäftigung der Klasse als Mitglieder an.“ § 75 bezieht sich auf solche Arbeiter, die einer Hilfskasse angehören. Mitglieder dieser Klassen können nicht zur Mitgliedschaft in die Fabrikassen gezwungen werden. In dem uns vorliegenden Gesetze, die Krankenversicherung betreffend, heißt es in einer Anmerkung zu § 63: „Die bereits bei der Errichtung der Betriebskrankenkasse in der Fabrik beschäftigten Personen werden ohne Weiteres Mitglieder der Klasse und scheiden aus der Ortskrankenkasse, der sie bis dahin angehört haben, aus (s. Arb.-Verf. 1891 S. 72), auch die zur Zeit bereits erkrankt sind, und geht die fernere Unterstützungspflicht der letzteren auf erstere über. (Arbeiter-Versicherung 1895 S. 535).“ Wie Du daraus siehst, hat nicht die Ortskrankenkasse sondern die Fabrikkrankenkasse die erkrankten Mitglieder der früheren Ortskrankenkasse, die mit dem 1. Januar laut Gesetz und auf Grund ihres Arbeitsverhältnisses Mitglieder der Fabrikasse wurden resp. werden mußten, zu unterstützen. Die entgegengesetzte Verfügung des Landraths trifft also nicht zu. Ich werde mir die Urtheile darüber beschaffen und Dir dieselben auszugsweise mittheilen; im letzten Augenblick, d. h. vor Schluß der Redaktion, ist dazu keine Zeit mehr. Eine Beantwortung der Frage 2 erübrigt sich, denn sie ist durch das Vorstehende erledigt. Gruß A. H.

Übung, Ein Neugieriger. Warum man in der „Holzarbeiter-Zeitung“ nichts über die Thätigkeit des Gauvorstandes in Königsberg liest? Lieber Kollege, das wissen wir auch nicht. Sie haben vielleicht nicht so ganz Unrecht, wenn Sie sagen, daß der Gauvorstand in seinem Winterquartale den Mitgliedern des 1. Gau's mit „gutem“ Beispiel vorangeht.

Zeis, A. G. Das ist aber doch dasselbe in Grün. Zu berichtigen ist nur zu dem Gaubericht vom 12. Gau Seite 4 Spalte 2, von unten 19. und 20. Zeile der „Holzarb.-Ztg.“, daß nicht 19, sondern nur 10 Kollegen gemeldet sind.

Leipzig, R. W. Wir wußten bereits, daß Sie der Leipziger Versammlung das Eingekant vorlesen würden und beschrankten uns deshalb darauf, zu sagen, daß ein Abdruck sich erübrige, weil zur Klarstellung des Konfliktes nichts in dem Eingekant enthalten war.

Quittung.

Vom 1. Oktober bis 31. Dezember sind von den Verwaltungsstellen nachstehende Beträge für Injerate eingegangen aus:

- Reht A. — 80, Kaufbeuren — 30, Minden — 80, Niterode — 80, Schmeln 1,20, Quakenbrück 1, Mainz 1,70, Zwickau — 90, Dortmund 6,30, Gardelegen 1,80, Tübingen 1,20 und Greiz 1,90.
- An Abonnementsbeiträgen gingen ein aus: Berlin (Sch.) M. 4,80, Babel (L.) 1,30, (Holzard.-Gew.) 2,60, (M.) 2,60, Bern (Schreiner-Zach.) 2,60, Berlin (M.) 1, Elze (Sch.) 2, Eßlingen (Z.) 1, Freiburg (Sch.) 2, Göttau (Holzard.-Gew.) 1,30, Kalk (K.) 1, (H.) 2, Lyon (W.) 1,35, Mandenhelm 3, Meran (Holzard.-Gew.) 3,06, Mainklingen (W.) 1, Rheinfelden (Holzard.-Gew.) 8, Schaffhausen (Holzard.-Gew.) 3, St. Gallen (Berein der Schreiner) 7,80, Salzburg (Holzard.-Ber.) 3,94, Teplitz (Zach. d. Holzard.) 2,04, Winterthur (Arb.-Bild.-Ber.) 3,90, Wien (Tischl.-Gew.) 2,04, Zeis (K.) — 75 und Zürich (G.) 10.

Die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(S. 86, Hamburg.)
Im Dezember sandten Ueberkässe ein: Berlin A. M. 200, Berlin B 300, Berlin C 100, Berlin D 200, Dsnaabrid 50, Liegnitz 75, Leipzig 200, Breslau 150, Braunschweig 100, Hamburg IV 80, Hamburg II 210.
Zuschnß erhielten: Lübeck M. 100, Magdeburg 100, Hannover 150, Fürth 150, Stettin 150, Neu-Jenstburg 100.
Jul. Wajmann, Dierstr. 94 g, I.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Darmstadt. Sonntag, den 20. Januar, dröste 2 Uhr, im Gartenfaal der Brauerei zum grünen Laub. Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Beschlussfassung über die im Frühjahr stattfindende Lohnbewegung. 2. Wahl einer Lohnkommission. 3. Jahresbericht der Ortsverwaltung. 4. Abrechnung vom vierten Quartal. 5. Neuwahl der Ortsverwaltung. 6. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen, auch der auswärtigen Kollegen, ist unbedingt notwendig.

Die Ortsverwaltung. Dresden. Sektion der Stellmacher. Sonnabend, den 26. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Lionon“. Düsseldorf. Dienstag, den 22. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstr. 8.

Sektion der Modellschreiner. Samstag, den 19. Januar, Abends 9 Uhr, bei Seltinghagen, Kösterstr. 26.

Eisenberg. Sonnabend, den 26. Januar, Abends 9 Uhr, in der „Zentralherberge“, Gr. Floßbahn 26.

Görlitz. Sektion der Stellmacher. Sonnabend, 26. Januar, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Kreuz“, Rangstr. 34. Tagesordnung: 1. Wahl der Sektionsleitung. 2. Verschiedenes.

Hamburg. Sektion der Stellmacher. Sonnabend, den 19. Januar, Abends 9 Uhr, bei Hüner, Gänjemarkt 35. L.-D.: 1. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 2. Jahresbericht. 3. Wahl eines Sektionsführers. 4. Unsere Vergünstigungen. 5. Lohn- und Arbeitsbedingungen am Orte.

Qualenbrück. Sonntag, den 27. Januar, Nachmittags 2 Uhr. L.-D.: 1. Bericht der Delegierten über die Verhandlungen der Gaunkonferenz. 2. Wahl der Ortsverwaltung. Die Mitglieder werden dringend ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung. Schmöln. Sonnabend, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, Generalversammlung, im Restaurant „Zur Börse“. Tagesordnung: Abrechnung und Neuwahl der Verwaltung. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Die Ortsverwaltung. Stettin. Am Freitag, den 25. Januar, Abends Punkt 8 Uhr, bei Stellmacher, Zentralherberge, Bismarckstr. 10. L.-D.: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1900. 2. Vortrag d. Kollegen Kinsky über: „Die Bedeutung der Aufnahme einer Statistik am Orte im Frühjahr“. 3. Wahl einer Statistikkommission. 4. Samml. Kollegen müssen erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Berlin. Arbeitsnachweis u. Herberge befinden sich Engelauer 15, im Gewerkschaftshaus. Dasselbe wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Brannschweig. Der Bevollm. Heinrich Feldmann, Tischler, wohnt Friesenstr. 9, 1. Etage. Kassierer Wilhelm Lindemann wohnt Goklarischestr. 44, 2. Et. Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshaus, Berber 33.

Hannover. Bevollmächtigter Joseph Thiemann, Marienstr. 15. Kassierer Hermann Nachtkamp, Viktoriapl. 101. Die Verbandsherberge befindet sich beim Wirth P. Schüttler, Hofstrasse. Dasselbe wird des Abends von 7-9 Uhr die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Frankfurt. Arbeitsnachweis und Herberge befinden sich bei Grebe, Süderstrasse 64. Dasselbe wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. Die Ortsverwaltung.

Landshut. Bevollm. Anton Höpferger, Garmischgasse 86, 3. Et. Herberge „Gasthaus zur Weidenhalle“, woselbst die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 6-7 Uhr ausbezahlt wird.

Stettin. Bevollm. Rich. Falkenberg, Philipstr. 72, Hof. Kassierer Karl Schulze, Kronenstr. 10, 2. Et. Ede Tischlerparade, Grabow. Reiseunterstützung zahlt P. Bühlendorf, Rosengarten 6, 1. Et., während der ganzen Tageszeit aus. Arbeitsnachweis zahlt Herberge bei Stellmacher, Bismarckstr. 10.

Stralsund. Bevollmächtigter P. Ehrlich, Tischler, Gr. Tischstr. 13e, 2. Et. Kassierer E. Riemer, Fährstr. 28, 2. Et. Dasselbe wird die Reiseunterstützung ausbezahlt des Mittags von 12-1 und des Abends von 6-7 Uhr. Berberstr. 29.

Aufforderung.

Der Kollege Georg Wiegand aus Köthen, Buch-Nr. 100614, wird hierdurch aufgefordert, seine Karte an den Unterzeichneten einzusenden. Die Kollegen werden ersucht, bezüglich auf Fortschreiten aufmerksam zu machen. Conrad Rißer, Kassierer, Leipzig.

Der Tischler Emil Reinhold, geb. am 18. 5. 61 zu Altona, Buch-Nr. 194872, wird hiermit aufgefordert, das aus der Bibliothek entlehene Buch „Seine's Werke“ umgehend einzusenden. Vorstände, Vertrauensmänner, sowie Kassierer werden gebeten, Obigen hierauf aufmerksam zu machen.

Die Ortsverwaltung Bremerhaven. W. Angeloh, Lehe-Bremerhaven, Berberstr. 28.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Johann Keek, Schreiner, geb. 26. 3. 69 zu Köthenberge, gest. am 20. 12. 1900 an Herzschlag zu Vörrach.

Ferdinand Klapper, Tischler, geb. 29. 12. 54 zu Dornsdorf, Kreis Frankenstein i. Schl., gest. am 13. 12. 1900 an Kehlkopfkrankheit zu Oppeln.

Rudolf Hammers, geb. 27. 2. 67 zu Pilschne (Pommern), gest. 8. 1. 1901 an Lungenschwindsucht zu Speyer.

Ernst Bachwald, geb. 22. 5. 79 zu Barchow bei Rehla, gest. 7. 1. 1901 an Typhus und Lungenentzündung zu Eisenberg.

Adolf Behm, geb. 21. 10. 60 zu Blankensee, gest. am 4. 1. 1901 an der Schwindsucht zu Stettin.

Georg Brandt, Tischler, geb. 31. 3. 62 zu Grenzow, gest. am 29. 12. 1900 an der Proletarierkrankheit zu Nuffam.

Georg Jakob, 26 Jahre, gest. 10. 1. 1901 an der Proletarierkrankheit zu Bremerhaven.

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Aufforderung! [2,40]

Wir ersuchen die Kollegen, die den Aufenthalt des Tischlers Otto Oberländer, geb. 12. 3. 77 zu Gerstebach, Regb. Merseburg, alte Buch-Nr. 126 627, kennen, an den Unterzeichneten sofort Mitteilung zu machen.

O. Schmidt, Nürnberg, Jakobstr. 24.

Oskar Gutekunst, sende Deine Adresse an Deinen Bruder Eugen, Rothkirchen bei Breslau.

E. Kunz aus Oberorientz, sende Deine Adresse an E. Wienke, München, Schleißheimerstr. 90, 1. Et., t.

Joh. Vollstedt und Joh. Patt, sendet Eure Adresse an L. Koldemeyer, Gellertstr. 87.

Schreinerei-Werksführer für e. Stuhlfabrik Süddeutschlands gesucht.

Für e. gut eingerichtete Schreinerei, Spezial-Stuhlfabrik, mit 15-18 Mann, wird ein tüchtiger, erfahrener und zuverlässiger Mann gesucht, der stett in Erlage und Detailzeichnung ist und im Aufbau von Zugstuhlmöbeln feinsten Grades, sowie in Kalkulation bewandert sein muß. Nur tüchtige Kräfte, welche schon in ähnlicher leitender Stellung thätig gewesen, wollen ihre Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe ihrer seitherigen Thätigkeit mit. Schiffe A. B. 103 an die Exp. d. Bl. richten.

9 tüchtige Möbeltischler werden auf dauernde Beschäftigung gesucht. Lohn M. 8 bei freier Station. M. Wählert, Ludwigslust i. Meckl.

Für Stahlbauer und Polierer.

In der neu errichteten Stuhlfabrik zu Brückena u. (Bayern) werden 15-20 gute Arbeiter, besonders Polierer gesucht. Beschäftigung dauernd und lohnend. Jos. Krug, Bau- u. Möbelschreiner.

Einige tüchtige Stahlbauer finden noch Beschäftigung bei Rob. Oelschlägel & Co., Br. Sönd (Ostpr.)

Suche einen erfahrenen Drechsler auf polierte Holzarbeit für dauernd. Rob. Beck, Dampfdruckerei, Hildesheim.

Tüchtige Korbmacher auf Rohrarbeit sucht sofort bei hohem Akkord Hermann Haberland, Götzen i. M. Holzwarenfabrik.

2 Korbmachergehilfen auf grüne Rohrarbeit werden zu sofort oder später verlangt. Reisekosten wird. nach Eintritt d. Arbeit verg. Chr. Mohr, Korbmachermeister, Helmstedt (Schlesien).

3 Korbmacher auf Hölzchen sucht sofort A. Müller, Stolpe.

Gesucht Korbmacher auf Gemalt. Ludw. Behsen, Trittau i. S.

1 jungen, tüchtigen Korbmachergehilfen auf Fisch- und Kohlenkörbe sucht sogleich oder um 14 Tage Gottfried Walle, Korbmachermeister, Bergen auf Rügen.

Korbmacher.

Suche sofort einige tüchtige Gestellarbeiter auf Gartennöbel für dauernd. Rud. Förster, Königssee i. Th.

Gesucht Korbmachergehilfen auf Rohrarbeit bei gutem Akkord. H. Gröning, Stockelsdorf b. Lübeck.

Korbmachergehilfen

auf Reiseförbe sucht P. Güttler, Neustadt i. Sach.

Suche sofort einen soliden Bürstenmacher auf dauernde Arbeit. F. Germann jun., Burgdorf i. S.

Tischlerei m. Motorbeitr., g. Kundenschaft, in e. Stadt Thüringens, ist krankh. halber sofort z. verkaufen. Off. u. H. N. 104 an die Exp. d. Bl. erb.

Gebraucht. Horizontalgatter zu kaufen gesucht. Offerten m. Preisangabe unter N. 47 an die Expedition der „Reinischer Zeitung“, Reimscheid, erbeten.

In würt. Oberamtsstadt ist wegen Todesfalls flottgehende

Bauschreinerei und Glaserei

Dampfbetrieb aus freier Hand zu verkaufen. Gest. Anfragen unter S. S. 4869 befördert Rudolf Mosse, Stuttgart.

Für Böttcher.

Eine flotte Böttcherei mit selten guter und sicherer Kundenschaft und lohnendem Nebenberuf (inkl. Grundstück) ist ganz besonderer Umstände halber preiswerth zu verkaufen. Näheres durch Rudolf Mosse, Wurz, auf Anfragen unter A. 15.

Gelegenheitskauf für Drechsler!

1 Gasmotor (4 Pferdekraft), 10 Drehbänke mit Transmission, 1 Bandsäge und dergl. mehr, sind im Ganzen zu verkaufen. Aug. Mai, Bernau i. d. Mark.

Quittungsmarken und Kautschukstempel liefert seit 22 Jahren f. Tausende Klassen u. Vereine Jean Holze, Hamburg, Drehbahn 45. Verlag sozialistischer Bilder. Fraktionsbild der sozial. Partei 1898. Illustrierte Preislisten gratis und franko.



Mk. 15.-

Die neueste

in jeder Beziehung bewundernsw. Taschenuhr, ist unsere in der ganzen Welt beliebte, garantiert

Echte Triumph-Gold-Uhr „Chrometer Bälle“.

Remontoir-Geh. mit Sprungdeckel. Alle 8 Rappeln sind garantiert echt u. zum Zeichen d. Echtheit mit d. eigenöf. Schweizer u. reichsdeutschen gest. Stempel versehen. Die Gehäuse sind ebenso fein gultschliffen wie die teuerste goldene Uhr im Werte von M. 500 - und übernehmen wir für die Echtheit der Gehäuse immerwährende Garantie, indem selbst nach 20 Jahren für unsere Uhren den vollen Wert des Gehäuses (je nach Gewicht) ohne jedweden Abzug in bar vergüten. Das Werk ist zum sofortigen Gebrauch fertig, völli genau reguliert und wird für guten Gang 2 Jahre garantiert.

Preis nur Mk. 15.-

posto- und zollfrei M. 16.- Der Preis wird deshalb so spottbillig festgesetzt, um dieselbe überall einzuführen. Damen-Uhren M. 18.- Hierzu passende elegante echte Triumph-Gold-Serren-Retten M. 8.- bis 6.-. Moderne lange Damen-Waldstetten mit eleg. Schieber mit Stahlstein, edlem Oval oder Turm Brillanten M. 8.- bis 10.- u. Gold. Unsere echte Triumph-Gold-Uhr ist d. anerkannt beste Uhre der Welt.

Beamten im Dienste wegen ihres guten Ganges, bei der Armee und Marine wegen ihrer hohen Façon u. bei den Cavallieren wegen ihres prächtigen Aussehens. Versand gegen Nachn. Nicht zuzüglich Zursch. Frischporto 20 Hg. Karten 10 Hg.

Commandit-Gesellschaft Etablissement d'horlogerie Basel (Schweiz). 35 Lieferanten der allerbesten Herstellern. Für Groß-Bezug vortheilhafte Offerte.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Ellbeck Pappel-Allee 26-36

Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballon glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt Garantie d. Oelavschlagen.
Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Flinststeinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
Paul Horn's diverse Series Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.